

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgeld),  
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Johann Staining,  
verantwortlicher Redakteur: Fritz Bachmann, beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition:  
Hamburg - St. Georg, Neue Brennerstraße 16, 1. Etage.

Anzeigen  
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 80 A.  
Postkatalog Nr. 3181.

Inhalt: Ein neuer Vorstoß gegen die Arbeiterorganisation und das Koalitionsrecht. Zur Kritik der Dresdener Justiz. — Rundschau. — Baugewerbliches. Die Londoner Bauarbeiter und ihre Arbeitsleistung. — Lohnbewegungen und Streiks. — Aus unserer Bewegung. — Literarisches. — Briefkasten.

## Ein neuer Vorstoß gegen die Arbeiterorganisation und das Koalitionsrecht.

Berlin, den 18. Februar.

Nachdem in den letzten Wochen die Vorsitzenden der reaktionären Parteien im Reichstage häufig Anlaß genommen haben, Stimmung zu machen für das von diesen Parteien so sehr schärflich erwartete Zuchthausgesetz, sind ihre Gesinnungsgenossen im preussischen Abgeordnetenhaus gestern diesem „guten Beispiele“ gefolgt. Bei Beratung der Etat-Billette „Ministerium des Innern“ nahm der konservative Abgeordnete Ring das Wort, um, wie er sichtlich versicherte, „die Aufmerksamkeit des Hauses, wie der Staatsregierung, auf eine Anzahl Organisationen zu lenken, die, unter sozialdemokratischem Einfluß stehend, das wirtschaftliche Leben in unserem gesammten deutschen Vaterlande schwer bedrohen.“ Um seiner Anfrage etwas mehr Gewicht zu geben, leitete er sie ein mit den Worten: „Ich bin stellvertretender Amisvorsteher“, woraus zu entnehmen, daß Herr Ring als Präsident der bezüchtlichen Autorität respektiert sein wollte. Dann fuhr er in Töne höherer Wichtigkeit, als habe er entscheidende Geheimnisse zu enthüllen, folgendenmaßen fort:

„Ich lege Ihnen zunächst ein paar Aktienstücke vor. Dieselben sind überförmlich: Jährlinge des Verbandes der Maurer in Deutschland“. Jährlinge des Verbandes der Bau- und Erbauer, Jährlinge der Maschinenbauer, Metallarbeiter, Holzarbeiter usw. In diesen Aktienstücken befinden sich zwei die Statuten dieser Verbände, die ziemlich gleich aussehen. Wie werden nun diese Organisationen draussen gehandhabt? Sie sehen in diesem Mitgliedsbuche eine Eintheilung in Carreaus, wie bei den Duitingsarten der sozialen Gesetzgebung, mit Marken. Jedes Verbandsmitglied muß in dies Buch Marken von 20, 40 A bis M. 1 allwöchentlich einlösen und wird genau allwöchentlich kontrolliert. Der Sekretär der Zentralstelle steuert die Marken ab, kurz ein in dieser Form völlig organisierter Verband ist in der That in der Lage, jede Bewegung, jede Handlung seiner Mitglieder zu beobachten. Dann habe ich hier zwei Karten, auch vom Zentralverband der Maurer in Deutschland, Duitingsarten über gezahlte Beiträge zum Streikfonds. Da sehen Sie verschiedene Arten von Marken, blane und grüne; Sie sehen auch diese freie Stellen, aber auch mit einem Stempel versehen, b. h. auch wenn der Arbeiter nicht gearbeitet hat, steht da z. B. am Sonnabend, den xten arbeitstags gewesen, also auch in der Zeit, in welcher der Betroffene keine Arbeit hatte, ist er vom Verbandskontrollist worden.“

Diese Mittheilungen des Herrn Ring scheinen auf der rechten Seite des Unterparlamentes große „Ueberraschung“ bewirkt zu haben, denn sie wurden von dieser Seite des Reichstages mit dem bekannten Auf „Hört, Hört“ begleitet und die Sitzungsberichte enthalten die Bemerkung: „Große Bewegung“. Wir freilich sind geneigt, diese Bewegung für keine echte zu halten; sie war offenbar eine ersehnte, und zwar ersehnt auf dem Zweck, sich außer hin den Glauben zu erwecken, als handle sich bei Mittheilung der „Aktienstücke“ um den Nachweis der Existenz einer Art geheimen Organisation, welche dem Terrorismus diene. Die in Rede stehenden Einrichtungen sind für jede Arbeiterorganisation so durchaus selbstverständlich und so allgemein bekannt, daß vernünftige und — ethische Beurtheiler nur ein mittelbiges Räseln haben können für den Versuch, dieselben hinzustellen als „staatsgefährlich“. Ist für die Unterorganisation die Ausführung der Geldmittel eine Hauptfrage, wie kann man der Arbeiterorganisation einen Vorwurf daraus machen, daß sie die Erhebung der Beiträge regelt und gewissenhaft kontrolliert? Aber freilich, das ist in den Augen der Ordnungspolitiker „Terrorismus!“ Sie möchten gar zu gerne den Arbeitern die Unterstützung von Geldmitteln zur Führung ihres Kampfes unmöglich machen.

Herr Ring erzählte dann „aus eigener Praxis“ folgende Geschichte:

Im August d. V. wurde mir vom Senatzen gemeldet, daß in einer Driftschiff ein Streik ausgedroht wäre. Ich begab mich zu dem leitenden Maurermeister. Er war nicht anwesend. Während ich in seinem Bureau stand, traten zwei Maurergesellen ein. Diese hielten mich für den Meister und fragten mich, ob ich ihnen keine Arbeit geben konnte. Es war

mir kurze Zeit vorher gesagt worden, daß für die Kontrolle dieser Duitingsarten das Wort maßgebend sei: „Gast Du auch reine Wäsche?“ Infolgedessen antwortete ich den Leuten: „Gewiß soll Ihre Arbeit haben; hast Du auch reine Wäsche?“ Hierauf erwiderte der befragte Mann: „Selbstverständlich!“ So lief die Duitingsarten vor und reichte sie hin. Ich stellte mich ihm jetzt als Amisvorsteher vor und machte ihm Vorhaltungen, daß er seinen lauer verdienenden Lohn für diesen Zweck hingebend und seiner Familie entziele. Ich sprach ziemlich eindringlich auf ihn ein, und was war die Folge? Der Mann erklärte unter Thränen: So wie ihm ginge es einer großen Zahl von gewerblichen Arbeitern. Er wäre gezwungen, dieser Organisation beizutreten. Wenn er nicht beitrete, so wäre es ausgeschlossen, daß er überhaupt noch Arbeit fände. Und seine wiederholte Frage, wie er an mich richte, war immer die: Können Sie mir helfen, wollen Sie mir helfen? Sie können mir als Amisvorsteher doch nicht Arbeit geben. Ich hörte der Zwangsorganisation mit Haut und Haaren unterworfen. Wenn ich nicht für die Sozialdemokratie stehe, so verliere ich jede Arbeit. Ich bekomme in der Berliner Gegend auf keinem Bau mehr Arbeit, weil die Anderen mit mir zusammen nicht arbeiten würden, aber ich werde in einem finsternen Winkel halb tot geschlagen, die Kleider werden mir mit einem Messer zerschritten und der Balken, auf dem ich stehe, wird durchgehägt. Dieser Maurer bekannte das ganze Leben, was auf ihm und Tausenden lastet, und geriet zuletzt ganz außer sich.

Auch diese Mittheilungen begleiteten die Gesinnungsgenossen des Herrn Ring mit Ausrufern, welche „Erregung“ und „Enttäuschung“ bekunden sollten. Der stellvertretende Amisvorsteher muß sich nett ausgenommen haben als stellvertretender Maurermeister! Die Geschichte mag sich in Wirklichkeit so abgespielt haben, wie er es erzählt. Daß es Subjekte unter den Arbeitern giebt, die charakterlos genug sind, vor Meistern und amtlichen Personen derartige jämmerliche Komödien aufzuführen, sich als „Opfer des Terrorismus“ hinzustellen, hat der „Grundstein“ erst kürzlich in einem Artikel erörtert. Wir wissen ganz genau, daß es Menschen giebt in gewissen Kreisen, die sich nicht entschließen, durch Anstandsstellung von Vortheilen solche Zusammenkünfte zu bestimmen, wider besseres Wissen sich als Opfer des Terrorismus zu betheiligen. Nur so werden „Opfer“ und „Mittel“ der hier in Rede stehenden Art im Interesse der „Staatsverhaltung“ der „Möglichkeit“ und der Vermeidung zum Gohr, zu Stande gebracht. Wer kann denn im Ernst glauben, daß einem Arbeiter, der sich weigert, der Organisation beizutreten, die verbrecherische Behandlung droht, die Herr Ring so drastisch geschildert hat? Gaben die betreffenden Zusammenkünfte ihm die grausigsten Entfaltungen wirklich gemacht, so haben sie ihn nach dem Beispiel der ordnungspolitischen Schachmacher angefohlen.

Die „Anknüpfung“, die Herr Ring aus seiner Terrorismusgeschichte zog, lautet:

„Wenn es nicht gelingt, diesen Verbänden gegenüber Abhilfe zu schaffen, wenn wir die Arbeiter vor dieser Art des Zwanges nicht retten können, dann schwindet jedes Vertrauen zum Staate überhaupt. Ich bin damals zu den beliebtesten Maurermeistern hingegangen, habe sie gefragt, wie sie sich zu diesen Organisationen verhalten. Die Antwort war sehr bezeichnend. Auch die Maurermeister sagten mir: Helfen Sie uns doch, uns in unjenern Arbeiten zu schützen vor dieser Art des Streiks, insbesondere vor dem Wochenscheit und vor dem Abbruch unserer Leute. Der Staat hilft uns doch nicht! (Hört! Hört! Hört!) Mühseligkeit bei den Arbeitern, Mühseligkeit bei den Meistern. Einzelne Maurermeister erklärten mir zäherstehend, sie müßten sich fügen, aber es sei ihnen die Lust und Liebe zur Arbeit und zum Handwerk überhaupt vergangen.“

Schließlich leitete Herr Ring sich die Erklärung: „Die Arbeitergesellschaft müßte „gerettet“ werden vor dem „Zwang“ der Verbände. Ein Mittel dazu wisse er freilich nicht, aber das sei gewiß, greife der „verbelebende“ Einfluß dieser Verbände weiter um sich, dann würden wir den sozialdemokratischen Staat bereits haben.“

Dem Volksminister v. d. Stecke kamen diese Entfaltungen und Anklagen offenbar sehr gelegen. Unter dem freizeithlichen Befehl der Konfessionen gab er folgende Erklärung ab:

„Mir und den Behörden sind solche Vorgänge aus der sozialdemokratischen Bewegung, wie sie der Abg. Ring vorgetragen hat, ja nicht unbekannt. Aber ich halte es doch für möglich, daß sie auch weiteren Kreisen bekannt werden, damit dem Volke klar wird, welche Gefahren wir von der Sozial-

## Ausgesperrt

sind die Verbandskollegen in Pommern und die örtliche Verwaltung und die Lohnkommission in Sangerhausen.

## Im Streik

befinden sich die Kollegen in Teterow, Neumünster, Delmenhorst und Gr. Lichterfelde.

## Sperren sind verhängt

Über die Bauten der Unternehmer Weller, Kampf und Richter in Eidelstedt, Brinmann in Stellingen für den Baubezirk Langenfelde-Stellingen-Eidelstedt, Rod in Wandsbek, Joh. Olde in Seide i. Holtz, Schmidt in Friedrichsfelde, Lebs in Barby, Bullermann in Münster i. W., Häuser & Florat in Rath und sämtliche Bauten des Unternehmers Eichholt in Düsseldorf, hauptsächlich „Schwabenbräu“, Maschinenbau-Aktiengesellschaft Gustavsburg b. Mainz, Lang & Wehrheim in Gomburg v. d. Höhe und Dintloh in Herbolz.

Außerdem ist Zugang fern zu halten von Glensburg.

## Bauarbeiter-Kongress zu Berlin

am 20. und 21. März 1899 in „Keller's Festhall“, Koppenstraße 29.

Den gewählten Kongress-Delegierten Folgendes zur Kenntnissnahme:

1. Am Sonntag, den 19. März, 7 Uhr Abends, findet eine Vorerksamung zwecks Konstituierung des Kongresses statt.

2. Die Delegierten müssen sich im Besitze eines Mandats befinden, welches von dem Bureau der öffentlichen Versammlung, wo die Delegiertenwahl vorgenommen wurde, unterschrieben sein muß. Ohne Mandat kann keine Delegation zugelassen werden. Mandatsformulare sind bei dem Unterzeichneten zu haben.

3. Das Lokalkomitee, Adresse: August Vogel, Berlin, Weidenweg 35, 3. Et., wird nur für diejenigen Delegierten Logis besorgen, die sich bis zum 5. März bei ihm melden. Da in Berlin billige und gute Logis nicht leicht zu haben sind, so liegt es im eigenen Interesse der Delegierten, sich anzumelden.

4. Am Sonntag, den 19. März, wird das Lokalkomitee von Vormittags 8 Uhr an im Kongresslokal anwesend sein. Die Delegierten werden ersucht, sich bei ihrer Ankunft sofort nach dort hin zu begeben. Auf allen Bahnhöfen sind am Sonntag, von 8 Uhr Vormittags an, Mitglieder des Empfangskomitees anwesend. Erkennungszeichen: Weiße Schleife auf der linken Brustseite.

Hamburg, den 25. Februar 1899.

## Die Kommission für Bauarbeiterschub.

Im Auftrage:

Th. Bömelburg, Hamburg, Neue Brennerstr. 16, I.

demokratie zu erwarten haben. Es ergibt sich hieraus für die Polizei die sehr ernste Verpflichtung, gegen diese Vorgänge aller Sorgfältigste einzuschreiten, soweit die gesetzlichen Befugnisse ihr dazu eine Handhabe geben. Jeder Verstoß an demselben die Befugnisse und wir haben alle Veranlassung, ernstlich darüber nachzudenken, nach welcher Richtung hin eine Verstärkung der gesetzlichen Befugnisse, namentlich zum Schutze der Arbeitswilligen, erforderlich ist. Ich hoffe, daß wir uns in nicht langer Zeit, wenn auch in einem anderen Parlament, damit zu beschäftigen haben werden."

Also ein offizieller Hinweis auf die immer noch im Schooße des Bundesrates ruhende Zuchtgesetz-Vorlage. Und dabei das Bemühen, die Frage des Koalitionsrechtes mit der Sozialdemokratie zu verquiden. Wir haben den Eindruck gewonnen, daß der preussische Polizeiminister die Ansicht des Herrn Ring theilt, man müsse der Arbeiterkassette in erster Linie die Möglichkeit nehmen, Fonds für den Kampf gegen das Kapital zu sammeln. Nach dem Minister nahm eine andere "Autorität", der General-Schärfmacher der Baugewerksämter, Herr Fellisch, das Wort. Dieser Herr ist bekanntlich seit Jahren ein eifriger Rathgeber der reaktionären Gewalten im Kampfe gegen die Arbeiterkoalition. Jetzt machte er folgende Ausführungen:

Dem Arbeitswilligen wird es immer mehr erschwert zu arbeiten; er darf nur arbeiten, wenn es die Organisation erlaubt. Hinter der Organisation steht die Sozialdemokratie. Man glaubt stark genug zu sein, um zum Angriff auf die Arbeitsherrn (Alte, die "Ordnung") überzugehen zu können. Man antwortet leicht bei einzelnen Differenzen mit einem Generalstreik. Arbeiter, die sich der sozialdemokratischen Organisation nicht beugen wollen, finden nirgends Beschäftigung. Sie werden hinausgedrängt aus den Arbeitsplätzen, ihre persönliche Sicherheit ist gefährdet, sie sind auf Mißthatigkeit angewiesen. Die Auffassungen der verschiedenen Behörden über die §§ 162 und 163 der Reichs-Gewerbeordnung gehen auseinander. So ist es in manchen Orten verboten, Streikposten auszustellen und vor Zugang zu warnen, in anderen Orten hingegen scheitern die Behörden gegen solche Ausmäße nicht ein. Unter allen Umständen muß das Streikpostenverbot unter dem Begriff des groben Unfugs fallen. Ich bin durchaus kein Feind des Koalitionsrechtes, aber die Ausmäße desselben müssen beschnitten werden, und vor Allem muß eine einseitige Rechtsprechung herrschen."

Wir kennen dieses Able, wir kennen den Text und die Absichten seiner Verfasser. Die Anklage, welche Herr Fellisch gegen die Arbeiterorganisation erhebt, fällt mit voller Wucht auf das Unternehmertum zurück. Dieses, und in erster Linie das Baugewerksämterthum, ist ja bekanntlich der denkbar schändlichsten Terrorismus, indem es die Organisation angehörender Arbeiter von aller Arbeit auszuschließen bestrebt ist. Vor zwei Jahren haben die Herren Fellisch und Genossen die außerordentliche Zustimmung der Regierung dazu eingeholt. Die bürgerlich-demokratische "Berliner Volkszeitung" geht mit Herrn Fellisch scharf in's Gericht. Sie erklärt, derselbe sei zu seinen traffen Ueberreibungen dadurch gekommen, daß man einen Streik im Baugewerbe erzwang; deshalb habe er jetzt bereits die Hilfe des Polizeiministers angerufen. Das Blatt läßt fort:

Aber das ist nicht die Hauptsache. Auf die Ueberreibung kommt es nicht an, sondern auf die famose Idee, daß der freie Arbeitsvertrag unzulässig ist, wenn die Kräfte gleich vertheilt sind. Solange das nicht der Fall war, war der freie Arbeitsvertrag für die reaktionären Arbeitgeber eine vorzügliche Einrichtung. Man konnte ihn nach Belieben verwerten. Am besten gegenüber dem hilflosen einzelnen Arbeiter. Man machte mit ihm einen "freien" Vertrag, indem man ihm die Bedingungen diktierte. Ein idealer Zustand! Jetzt wächst allmählich eine Macht heran, die mit diktiert, die soziale Arbeiterkraft. Das geht nicht. Da muß die Polizei her, um die Arbeitswilligen zu schützen! Es war also ein direkter Angriff gegen die gesetzliche Grundlage unseres gesammten gewerblichen Lebens. Es war ein Angriff auf den Frieden unserer wirtschaftlichen Entwicklung; denn ohne Anerkennung des freien Arbeitsvertrages und des daraus erfließenden Koalitionsrechtes gibt es einen solchen Frieden nicht. Wenn Herr Fellisch dem beifügt, "ich bin kein Feind des Koalitionsrechtes", so weiß er selbst nicht, was er eigentlich ist."

Und Herr v. b. Recke? Er verpflichtet Herrn Fellisch vollständig bei und hofft, daß seine Wünsche demnach in Erfüllung gehen werden, b. h. Herr v. b. Recke ist vollständig bereit, den freien Arbeitsvertrag und das Koalitionsrecht zu Gunsten des Unternehmertums abzuändern, nachdem sich "herausgestellt" hat, daß das Unternehmertum bei diesen Grundfragen unserer Staatsordnung angegriffen nicht bestehen kann. Herr v. b. Recke findet kein Wort gegen die Unternehmern und deren maßlos frivolen Terrorismus. Er fragt, er untersucht nicht, ob die Forderungen der Arbeiter berechtigt sind; er scheidet allein die "Arbeitswilligen", b. h. das Sonderinteresse der Unterneher.

Anerkennungswert ist die Opposition, welche der freisinnige Abgeordnete Dr. Max Strich den Wortführern des reaktionären Gesetzes machte. Er erklärte, die Herren Ring und Fellisch hätten offenbar bestellte Arbeit geliefert, damit der Minister Gelegenheit bekomme, für die Zuchtgesetzvorlage zu sprechen. Heller sagte er:

Man spricht von mangelndem Schutze Arbeitswilliger im selben Augenblick, wo das fürchtbare Erkennniß in Dresden die gebildeten und ungebildeten Kreise erregt. (Sehr richtig!) Wir treten entschieden gegen den Terrorismus auf, aber auch gegen den der Arbeitgeber. Diese wollen nicht bloß die sozialdemokratischen Gewerkschaften zerbrechen, sondern auch unsere Gewerbetreibenden. Sind die schwarzen Listen der Arbeitgeber nicht derselbe Terrorismus? Wir ist

es nicht bekannt, daß auf den Bauplätzen in Deutschland nur Sozialdemokraten arbeiten. (Nachen rechts.) Wenn die Arbeiter wirklich zu nichts wären, wie die Herren es darstellen, wie können Handel, Gewerbe und Industrie eine solche Wüthe haben, wie es die Kronrede darstellt? (Sehr richtig!) Sie (nach rechts) wollen blas Stimmung für die Zuchtgesetzvorlage machen. (Große Unruhe.) Die Ausmäße des Koalitionsrechtes bei den Arbeitgebern wollen Sie nicht bestrafen, und doch machen diese sich sogar an, den Arbeitern vorzuschreiben, welche Zeitungen sie lesen sollen, welche Wirthschaften sie besuchen sollen. (Sehr richtig links.) Die Koalitionsfreiheit der Arbeiter steht, wie Jedermann weiß, bloß auf dem Papier."

Herr Ring verwahrte sich zwar gegen den Vorwurf, bestellte Arbeit geliefert zu haben und erklärte, gegen den sozialdemokratischen Terrorismus seien gerade die strengsten Strafen die richtigen. Daß der Herr damit seine Sache besser gemacht hätte, können wir nicht finden.

Auch der freisinnige Abgeordnete Goldschmidt trat energisch für die so geblüht insultrirte Arbeiterschaft ein. Er sagte u. A.:

"Die Koalitionsfreiheit beruht auf Reichsgesetz. Diese wollen Sie aber nicht schützen. Im Gegentheil, Herr Fellisch steht an der Spitze der Innungsbeziehung, die gegen alle Arbeiterinteressen auftritt. (Unruhe.) Man verlangt, daß diese Arbeiter-Selbstarbeiter sind, die namentlich die Zeit der Arbeit ausnützen müssen. Warum verwehren Sie den Arbeitern, sich Wohnverordnungen zu verschaffen, wo das Streben auf Vermehrung des Einkommens bis in die allerhöchsten Kreise hineinreicht? Warum sollen Streikposten verboten werden, die ihre Kameraden schützen wollen? (Nachen rechts.) Ist es kein Schimpf der Arbeiter, wenn er beschändet wird, in eine Arbeit zu treten, wo er mit seiner Familie verdingert muß? (Große Unruhe.) Sie auf der rechten Seite sind es allerdings nicht gern, wenn man von Arbeiterinteressen spricht. Sie wollen zu den bisherigen Strafbestimmungen noch braconieren gegen die Ausübung des Koalitionsrechtes hinzusetzen."

Das letzte Wort hatte Herr Fellisch, und was für ein Wort! Nachdem er mit seiner "Freundschaft für die Arbeiter" sich gebrüht, erklärte er:

Die Gewerbetreibenden sind jetzt, wie es scheint, theilweise auch sozialdemokratisch geworden. Vielleicht fürchtet Herr Fellisch, sonst seine geringe Erfolgshaft zu verlieren. (Unruhe.) Die Arbeitgebervereine sind nur Selbstvereine. Wenn die Arbeiter könnten, wie sie wollten, würden sie erklären, daß sie ganz auf meinem Standpunkte stehen."

Zu diesem demagogischen Unsinne kann man nur lachen, immer wieder lachen. Die Debatte trägt zweifellos sehr viel zur Klärung der Situation bei; sie zeigt, wie die ordnungspolitischen Heber und Schärfmacher behändig an der Arbeit sind, das schon so lange von ihnen gepante Verbrechen der Verletzung des Koalitionsrechtes zur Ausführung zu bringen. Der Entscheidungskampf wird nicht lange mehr auf sich warten lassen.

### Zur Kritik der Dresdener Justiz.

Das geheime Verfahren und das Urtheil des Dresdener Schwurgerichts in Sachen der des Landfriedensbruchs und des "Tobthlagverbrechens" angeklagten Arbeiter Bauarbeiter und Arbeiter hat in allen Kreisen der Bevölkerung ungeheures Aufsehen erregt. Selbst die reaktionären Wälder, die seit Jahren fortgesetzt in frivoller Weise demüthigt gewesen sind, die Justizschar zu machen gegen die organisierte Arbeiterschaft, können nicht umhin, das Verfahren auf seine Eigentümlichkeit und das Urtheil auf seine Härte anzusehen. Noch keine Stimme ist in diesen Wäldern laut geworden, welche den Ausschluß der Öffentlichkeit direkt zu vertheidigen gewagt hätte. Die "Kreuzzeitung", die das Urtheil, allerdings sehr bravouristisch, findet, meint, es müßten doch wohl "richtige Gründe" für den Ausschluß der Öffentlichkeit vorhanden sein. Aber zu ungerade, welcher Art denn diese Gründe gewesen sein könnten, fällt dem Unterorgan nicht ein.

Ueberrings mißbrauchen die meisten konservativen und national-liberalen Wälder den Dresdener Prozeß und seine unglücklichen Opfer in erbärmlicher Weise zu einer Hege gegen die Sozialdemokratie und die Arbeiterorganisation! Die "konservative Korrespondenz" verflucht, nicht die Verurtheilten, sondern die "sozialdemokratischen Heber" in der Presse und in den Verfammlungen seien die "eigentlich Schuldigen". Die "Stummische Post" erklärt, man könne Mitleid mit den Verurtheilten haben insofern, als ihre verbrecherischen Handlungen augenscheinlich von der Verwirrung der Rechtsbegriffe und der Sittlichkeitsbegriffe infolge der sozialdemokratischen Lehren herrühren. Auch die "Kreuzzeitung" macht die Sozialdemokratie für die Ausschließung verantwortlich, und die "Börsenliche Zeitung" will, obwohl "nicht nachgewiesen" ist, daß die sozialdemokratische Partei als solche mit den Ausschreitungen in einem Zusammenhang steht, doch diese Ausschreitungen, "in das Schuldbuch der Sozialdemokratie", als "Ausflug des politischen Hasses", eingetragen wissen!

Derartige demagogisch-schäufliche Ausfälle richten sich selbst. Ausschreitungen von Arbeitern in wirtschaftlichen oder politischen Kampfe widersprechen durchaus dem Geiste der Sozialdemokratie und der Arbeiterorganisation. In der Arbeiterpresse wie in Arbeiterverfammlungen ist seit Anfang der Arbeiterbewegung offen und ehrlich darauf hingewirkt worden, daß das für seine berechtigten Interessen kämpfende Proletariat sich jeglicher Ausschreitung enthalte und nur legaler Waffen sich bediene. Die Masse der Arbeiter hat noch stets, selbst unter dem Druck des Sozialistengesetzes, allen Provokationen der Polizei-Machthaber zum Troß, dieselben Grundfragen Rechnung getragen. In seinem Lande der Welt kommen, Dank dem erzieherischen Wirken der Sozialdemokratie und der Arbeiterorganisationen, weniger wirkliche Ausschreitungen an, als in Deutschland. Hier bilden wirkliche Ausschreitungen die Ausnahme von der Regel. Es werden begangen von solchen Arbeitern, die sich noch nicht oder noch nicht völlig

emanzipiren konnten von dem Geiste, in welchem die herrschende Gesellschaft sie "erzogen" hat. Diese Gesellschaft ist's, die den Geist der Nothzeit neben der Unbildung erzeugt und pflegt. "Autoritäten" und Mitglieder der "Besseren" und besten Gesellschaft geben so oft die entgegengesetzten Beispiele von Nothzeit und Brutalität. Aber sind etwa die sozialdemokratischen Lehren verantwortlich zu machen für das Verbrechen des Duells; für die mitunter gerabezu diebische Mißhandlung von Soldaten durch Vorgesetzte; für die infamere gewöhnlichen Gewaltthätigkeiten, welche so oft von Polizeiorganen an wehrlosen Menschen verübt werden; für die Brutalisierung von Diensthunden durch "gnädige Herren"; für die rohe, oft unsagbar gemeine, allen Sittlichkeitsbegriffen Sohn sprechende Behandlung, die so viele Unternehmern und deren Angestellten den Arbeitern zu Theil werden lassen? Jede derartige Nothzeiterscheinung, wie die Nothzeit überhaupt, kommt lediglich aus dem Konto der Standes- und Klassenherrschaft und ihrer Institutionen, wohingegen der Geist der Sozialdemokratie und der Arbeiterorganisation sittigend und bereinend wirkt. Die Junker, die Agrarier, die Antifeministen erachten es als "patriotisches Verbrechen", Bauern und Handwerker zu Gewaltthatigkeiten aufzuführen. Dafür konnten wir viele Beispiele von Beispielen vorbringen. Hier nur eines: Kürzlich hat der hiesige preussische Amtsvorsteher Graf Wälder in Klein-Teichern folgenden Ausspruch gethan:

Der Deutsche ist gutmüthig und geduldig, freundlich und langmüthig lange Zeit; aber wenn sein Horn einmal erreicht, dann ist er fürchtbar und nicht mehr zu bändigen; dann erhebt er die gewaltige Rechte zum Schutze und bricht und bricht und bricht, so lange, bis es nichts mehr zu Behauen giebt, bis das Substanzium vernichtet und zerschmettert im Staube liegt. Dann wehe unseren Feinden vor diesem Naturtum der deutlichen Männer; lange genug hat der Bauer gelitten unter dem schurkischen Vorwurfe der jüdischen Spekulation, lange genug hat der Handwerker geklagt unter der fürchtbaren Konkurrenz der Judenhande. Der Tag der Abrechnung ist gekommen."

Was würde geschehen, wenn ein Sozialdemokrat in ähnlicher Weise die Arbeiter gegen die Antifeministen aufwiegen würde?

Einige bürgerliche Wälder haben der Bestürzung Ausdruck gegeben, daß man das Dresdener Urtheil mit anderen Urtheilen vergleichen werde. Solche Vergleiche können freilich hundertfach angestellt werden. Wir haben uns an einem Vergleich, den wir an anderer Stelle unseres Blattes zum Abdruck bringen, genügen lassen.

Die Opfer des Dresdener Urtheils befinden sich bereits am "Orte ihrer Bestimmung", stehen hinter den Zuchtmauern, zwei im Gefängnis. Sie haben auf das Rechtsmittel der Revision verzichtet, nachdem ihre Verteidiger ihnen keine Hoffnung machen konnten, daß dieselbe Erfolg haben werde.

Sieben blühende Menschenleben der entsetzlichen, mörderischen Wein der Zuchtanstalt überantwortet, einer Wein, die der Todesstrafe gleichkommt!

Die ultramontane, "Köln. Volks-Zeitung" glebt der Meinung Ausdruck: wenn der König von Sachsen gut berathen sei, so mache er von seinem Vergnügen, ein solches Gebrauch und milderere das braconirte Urtheil. Warten wir ab, ob der König solche Berathen hat. Das heißt fast: einen begründeten Antrag für die Freigabe von ihrem Vergnügen anzugehen, sich für die Freigabe zu bemühen, zu machen, dürfte es kaum jemals gegeben haben, als er in diesem Falle vorliegt. Die würde die Abmahnung zu weit geringeren Strafen, welche Entschuldigend, theilhaftig eine Korrektur des Urtheiles im ungewöhnlichen Sinne der Vergeltung bedeuten. Werden diese und weitere "Sittenverbesserer", "Kultur- und Fortschrittsbeamtete" für würdig befunden der Milderung oder des Erlasses ihrer Strafen, so soll man uns einen stichhaltigen Grund nennen, daß die Opfer des Dresdener Prozesses nicht verdienen, der gleichen Wohlthat theilhaftig zu werden.

Die Erbitterung über das Urtheil ist in den weitesten Volkstheilen zu sehen, daß unsere Unruhreväppler, die Feinde der Arbeiterbewegung, um völliger Winchheit gefolgt sein müßten, wenn sie sich bemessen könnten, hier von der "Hochwohlgeboren", das Urtheil in zumal den ganzen Urtheil Streng zu vollziehen, zu sprechen, einmal von diesen Urtheil völlig unzulässige Frauen und Kinder in härtere Weise mitzuberufen werden.

Das Kosmopolitische Unglückliche der Sozialdemokratie, die deutsche Arbeiterschaft, dem Gebote der Humanität folgend, sich ansetzen sei.

In dem diesbezüglichen Aufruf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wollen einige "unbesessene" Wälder eine "Verherrlichung" der "Sanktionen" der Verurtheilten sehen; der Aufruf meinen sie, habe politisch in der Erbitterung werden müssen! Mit solch trübem Wahnsinn zu rechten, verlohnt sich nicht der Mühe. Die Thatfache können die "Verurtheilten" nicht aus der Welt schaffen, daß die Verurtheilten Opfer der Klassenherrschaft sind, deren Straftaten in gar keinem Verhältnis stehen zu ihrer Bestrafung.

Das Urtheil des öffentlichen Rechtsbewußtseins über diese Bestrafung kann zu Gunsten des Spruches des Dresdener Gerichts auch nicht dadurch beeinflußt werden, daß das amtliche "Dresdener Journal" dem Verlangen bürgerlicher Wälder nach einer offiziellen Darstellung der getheilten Erfahrungen über den Verlauf der Verhandlung entgegen kommt. Diese Darstellung läßt das Vorgehen der Verurtheilten, das an sich von Niemand, auch von uns nicht, gestillt wird, keineswegs schlimmer erscheinen, als es nach den bekannten von uns im vorigen Artikel geäußerten Einzelheiten zu erachten ist. Es ist und bleibt gemeinschaftlich begangene Verbrechen, welche die der Mißhandlung durch die Revolverherrschaft selbst provoziert hat. Auch nach dieser offiziellen Darstellung kann nicht davon die Rede sein, daß die Verurtheilten des Banfriedensbruchs und des Tobthlagverbrechens schuldig sind.

Nur eine Stelle aus der offiziellen Darstellung ist besonders beachtenswerth, sie lautet:



sch brachte — die Schüberarbeit, die sie notwendigerweise be-  
deutet.“ Burns glaubt nicht, daß systematisches Schwänzen der  
Arbeit existiere, jetzt hinzu, daß, wenn es existierte, dies in der  
That eine ernste, ja traurige Sache für die Allgemeinheit und  
eine noch ernstere Sache für die Arbeiter selbst wäre. Denn es  
würde bedeuten, daß die Gemeinnützigkeit an Kraft verliere und ihr  
soziales Pflichtengefühl abnehme. Dieser moralische Verfall müßte  
oder Deuten überlassen bleiben, die „weder adern noch spinnen“.  
Für die Masse der Nation, und dies seien die Arbeiter, sei es  
„ein zu kostspieliges Opfer“.

Genau, man ersieht aus dem Angeführten, daß erstens die  
Angaben über die erfolgte Verheuerung der Baukosten durch  
die Bauarbeiter selbst wohllos übertrieben sind, daß zweitens,  
soweit sie richtig sind, sie zum Teil nur die unauslösblichen  
Folgen der Verbesserung der Arbeitsqualität und der berechtigten  
höheren Lebensansprüche der Arbeiter konstatieren, zum Teil  
aber Dinge treffen, die weder der Grasskaffistrath, noch die  
Führer der Arbeiterorganisationen unterstützen oder auch nur beschönigen. Der  
Grasskaffistrath verlangt von seinen Arbeitern für die günstigsten  
Bedingungen, die er ihnen zubilligt, ordentliche Arbeit, sowohl  
was Beschaffenheit als was die Menge anbelangt, und die ihm  
angehörenden Arbeitervertreter haben ihn darin stets unterstützt;  
auch wenn sie dadurch Gefahr liefen, an Popularität ein-  
zubüßen. Es sind mir verschiedene solcher  
Beispiele bekannt.

Man kann sich ja selbst sagen, daß an Arbeiter, die für  
Verbörden thätig sind, ganz dieselben Verführungen herantreten,  
welche in den Bureauen der Verbörden von sehr zu Hause sind,  
und der handelte sehr kurzfristig, der sich verführte, daß es  
ein Lebensgebot demotralischer Verwaltung ist, solchen Ver-  
führungen entgegenzuwirken. Die Arbeitervertreter im Grasskaff-  
strath handeln sehr viel richtiger als einige ihrer radikalen Kritiker,  
wenn sie ernstlich darauf bestehen, daß die Arbeiter des Maßes  
ihre Arbeit für den erhaltenen Lohn, verrichten. Es ist  
nicht weniger als Selbstbetrug, was ihrem Verhalten zu  
Grunde liegt, sondern ein durchaus sozialistischer Gehalt. Der  
Allgemeinwohl, was der Allgemeinheit gebührt.

Hören wir noch einmal Burns und Taylor, die anerkannten  
Vertreter organisirter Arbeiter im Grasskaffstrath die Pläden  
von Burns werden größtentheils von der Gewerkschaft der  
Maschinenbauer, die Taylor's vom Verband der Maurer bezogen).

In diesem Belaher der Geldbesitzer, wo nur zu häufig  
Nichts für Gewas gegeben wird.“ schreibt Burns, „daß man  
sich nicht wundern, wenn einige Arbeiter, die durch das Ueber-  
wiegen der Nachfrage über das Angebot plötzlich aus der Sphäre  
der niedrigen Löhne entlegener Distrikte emporgehoben werden,  
ihre Position missbrauchen. Jede Klasse hat dies gethan. . . .  
Man darf die Masse der Bauarbeiter nicht nach ihren Aus-  
nahmen beurtheilen. Wir im Grasskaffstrath können an der  
Art, wie wir Arbeiten ausführen, nicht viel materiell ändern,  
wir können uns nur auf den Gemeinwohl unserer Arbeiter be-  
lassen, alles Das, was an den Gründen der erhöhten Kosten  
zu Unrecht mitwirkt, zu bekämpfen, und das zu können, müssen  
und werden sie thun. Ich appellire an sie, dem Gemeinwohl  
jenseit Beitrag von Arbeit zuzuwenden, der der Beitrag jedes  
Bauarbeiters zur Lösung des Problems der Behausung der Be-  
völkerung sein muß. Es ist ihre Pflicht, in der Form guter  
und ehrlicher Arbeit dem Grasskaffstrath ihre Anerkennung  
für Das abzufertigen, was er für ihre Löhne, Arbeitszeit und  
Sicherheit in der Arbeit gethan und ihren Antheil am Wieder-  
aufbau der Stadt zu leisten, die der Mitarbeiter ihrer industriellen  
Bevölkerung und ganz besonders der Bauarbeiter so sehr bedarf.“

„Ich wünschte, daß die Maurer für die Munizipalität noch  
mehr thäten, als für die Kontraktunternehmer“, erklärt Taylor,  
der Vertreter der Maurer im Rath, denn die Wähler sind  
fastlich die Aktionäre der Munizipalität, und viele von ihnen  
sind weit ärmer als diejenigen, die von ihnen  
ihre Böhne empfangen.“

So sprechen diejenigen, welche den Grasskaffstrath, nach der  
Behauptung der Berliner Politischen Nachrichten, „sozial-  
demokratisch beeinflussen“. So sprechen und danach handeln sie,  
soweit es in ihrer Macht steht, zu handeln.“ Wo sich Miß-  
bräuche der Arbeiter für den Grasskaffstrath einmischen wollten,  
sind sie die Gegenseite gewesen, auf ihre Abheilung hinzuwirken,  
und es ist doch Niemand, der behaupten könnte, daß der Grass-  
kaffstrath heute von den Arbeitern unerschreckt bedient werde. Die  
allgemeine Lohnsenkung der letzten Jahre, die übrigens sehr  
viel geringer ist, als die Preissteigerung des Baumaterials —  
während der Preis der Bausteine um mehr als 10 pZt. ge-  
stiegen ist —, ist eine Sache für sich und jedenfalls nicht so hoch,  
daß sie den Maurern ein Einkommen über den Satz für gute  
qualitative Arbeit gewährt.

Weist die Verminderung der Arbeitsmenge. Darüber ist  
es natürlich schwer, zu urtheilen; so viel aber geht aus den  
zuletzt Auslagen der Unternehmer selbst hervor, daß sie nicht  
so bedeutend sein kann, wie sie Eingehende von ihnen hinstellen,  
daß sie durch die erhöhte Qualität der Arbeit zu einem großen  
Theile ausgeglichen wird. Es wird entschieden nicht besser ge-  
than als früher. Die Häuser für die wohlhabenden Klassen,  
wie die Häuser für die ärmeren Bevölkerung weisen sowohl in  
Bezug auf Bequemlichkeit und Form wie in Bezug auf Solidität  
einen unternehmenden Fortschritt gegen die entsprechenden Häuser  
auf, die vor 20 und 30 Jahren gebaut wurden. Es mag indeß  
auch eine Verminderung der Arbeitsmenge vorliegen, die nicht durch die  
Qualität der Arbeit aufgewogen wird. Soweit sie allerdings in  
und durch Vertrag zwischen Arbeitern und Unternehmern  
vereinbart ist, werden gerade die „Berl. Pol. Nachrichten“  
und Wähler schließlich Schlags nichts gegen sie einwenden können,  
denn da beruht sie ja gerade auf dem heutigen Gesetze von An-

\*) In diesem Zusammenhang sei auch auf die scharfe  
Sprache aufmerksam gemacht, welche die Führer verschiedener  
Gewerkschaften, die mit dem Grasskaffstrath nichts zu thun  
haben, seit längerer Zeit schon in ihren Organen gegen diejenigen  
Arbeiter führen, denen die bezügliche stotte Geschicklichkeit und  
erhöhten Löhne bloß eine gute Gelegenheit sind, sich systematischem  
Blau machen zu ergeben. Die Vorstände der stoffschweben, der  
Grasskaffstrath, der Formner und Eigenglieder ziehen in ihren  
Aussagen in den besten Ausdrücken gegen diese Unrech-  
fertigkeiten zu Felde und ebenso das Organ des großen  
Maschinenbauvereins. Der Vorstand der stoffschweben hat  
verfügt, daß, so lange noch in irgend einer Werksstätte Blau machen  
sind, keine Arbeitslosenunterstützung mehr ausbezahlt werden  
darf. Das Blau machen ist aber als die moderne Gewerkschafts-  
bewegung und entspricht keineswegs ihren Tendenzen.

gebot und Nachfrage, wie Mr. Plumbie ehrlicher Weise bemerkt  
hat. Das „Schwänzen“ dagegen, d. h. das unehrliche Herab-  
drücken der Leistungen, könnte selbstverständlich nur einschüch-  
tend werden als Zwangsmittel unterdrückter Arbeiter gegen übermäßige  
Schwächere. Davon ist bei den Bauarbeitern Londons heute  
nicht die Rede. Wir fühlen uns also auch nicht verpflichtet, die  
Leuten unter ihnen zu vertheidigen, die es kultiviren. Wir  
können nur konstatiren, daß ein Unternehmer, der Gümberte  
von Häusern gebaut hat und unangesehnt neue baut, auf unsere  
Anfrage, ob Das Schwänzen (shirking) wirklich so verbreitet  
ist, zur Antwort gab:

„Was darüber geschrieben wird, ist dummes Geschwätz.  
Bei ordentlicher Behandlung und gehöriger Kontrolle wird von  
den Arbeitern heute so viel geleistet, wie man billigerweise von  
ihnen verlangen kann.“

### Lohnbewegungen und Streiks.

#### Maurer.

In Delmenhorst sind die Bauarbeiter in den Streik  
eingetreten. Anlaß dazu gab die Mahregelung einiger Lohn-  
kommissionenmitglieder. Infolge dessen sind auch circa 80 Maurer  
arbeitslos geworden.

Seit einiger Zeit sind die Kollegen in Gr. Vichtersfelde  
in Aktion getreten zur Eringung des neunmündigen Arbeits-  
tages und eines Stundenlohnes von 60 A. Einige Unternehmer  
haben die Forderung bereits bewilligt, während andere wiederum  
sich bedingend stellen. Bei diesen Letzteren haben die Kollegen  
die Arbeit eingestellt, um sie zur Anerkennung der Forderung  
zu zwingen.

### Auß unserer Bewegung.

(Redaktionschluss für Versammlungsberichte und  
Eingelassene Montags Abends 8 Uhr.)

In Alt-Landsberg fand am 8. Januar eine öffentliche  
Maurerverammlung statt, zu der Kollegen aus Bruchmühle,  
Eggersdorf, Petershagen, Seeburg und Wuchholz erschienen  
waren. 34 Kollegen waren anwesend, welche einmüthig be-  
schlossen, dem Verbandsrathe der Maurer beizutreten und  
sich sofort eine Zahlstelle zu wählen. In die Verwaltung wurden  
S. Kohl als Bevollmächtigter und W. Nagler als Schriftführer  
gewählt. Die zweite Versammlung fand am 5. Februar statt.  
Die Zahl der Mitglieder betrug inzwischen auf 50 gestiegen. Franz  
Schulz-Berlin hielt einen Vortrag über die Pflichten in der  
Organisation. Dann wurde eine Lohnkommission gewählt. Jetzt  
werden Löhne von 80—88 A. gefordert. Die Kollegen verlangen  
40 A. Minimallohn, Bezahlung der Kaufzeit, gute Pausbuden  
und Regelung der Arbeitszeit.

Die Maurer Altonas hielten am 7. Februar eine öffent-  
liche Versammlung ab. Vom Kassirer des Unterhaltungs-  
fonds wurde zunächst die Abrechnung für 1898 vorgelesen. Es  
wurde eine Einnahme von M. 1988,70 erzielt, der gegenüber steht eine  
Ausgabe von M. 1015. Dem Kassirer wurde Entlastung er-  
theilt. Nach einer kurzen Diskussion wurde beschlossen, zur  
Unterstützung der Familien der in Dresden durch das jüngst  
erfolgte Schwurgerichtsurtheil so sehr schwer betroffenen Bau-  
arbeiter M. 200 abzugeben. Dem Kassirer wurde ein Betrag  
von M. 35,40 als Mantelgehalt und für Arbeitsfähigkeits-  
gezahlungen zugewiesen. Beschlüsse wurden ferner, die Streikunterstützungs-  
beiträge wie im verfloffenen Jahre beizubehalten und hierauf  
zur Wahl der betreffenden Jahre geschritten, in welche  
Mischen, Gühner, Müll, Strauß und Scheibing, sowie Stammer  
und Seider zu Revisoren gewählt wurden. Die Liquidations-  
kommission von 1891 berichtete, daß sie noch im Besitze von  
M. 4,60 sei; die Ausstände betragen jedoch noch M. 878; es sei  
aber nicht daran zu denken, daß hieron noch etwas eingehen  
werde. Sie beantragte nunmehr, die Kommission aufzulösen.  
Nachdem ein diesbezüglicher Beschluß gefaßt und beschlossen  
wurde, die alte als Liquidationskommission weiterbestehen zu  
lassen, wurden derselben die M. 4,60 von der Liquidations-  
kommission und M. 40 vom Unterhaltungsfonds zur Erweiterung  
der Bilanzliste überwiesen.

In Annaburg tagte am 12. Februar eine Mitglieder-  
versammlung. Die Abrechnung vom Winterergänze ergab  
einen Ueberschuß von M. 10,50; derselbe wurde zur Unterstü-  
tzung der Angehörigen der Dresdener Berufshilfen bestimmt. Die  
Scheidungs eines Delegirten zum Verbandstage ergab für S. u. r.  
28 und für F. r. o. 3 Stimmen; eine Stimme war unglücklich.  
Als Delegirter zum Konferenz in Berlin wurde S. h. m. n.  
gewählt. Bezüglich des Konferenzes wurde beschlossen, an dem  
Stundenlohn von 80 A. festzuhalten. Erwähnt mag noch  
werden, daß die Unternehmern noch zweimaligen Ertrages der  
Lohnkommission sich nicht geneigt fühlten, mit dieser über die  
schwappende Differenz in Unterhandlung zu treten. Der Kollege  
S. e. r. m. G. o. f. m. n. wurde auf ein halbes Jahr aus dem  
Verbande ausgeschlossen.

Die Zahlstelle Belgern hielt am 5. Februar ihre regel-  
mäßige Mitgliederversammlung ab, welche gut besucht war. Es  
stand zur Tagesordnung: Wahl eines Delegirten zum Ver-  
bandsstage und wurden Stimmen abgegeben: für Stauer 86,  
für Trost 1 und unglücklich. Hierauf wurde zur Wahl der  
örtlichen Verwaltung geschritten. Als erster Bevollmächtigter  
wurde Karl Biehle und als erster Kassirer Wilhelm Ranig  
gewählt. Mehrere Kollegen sprachen sich dahin aus, die wochen-  
lichen Beiträge beim Alten zu lassen. Der Bevollmächtigte  
wurde beauftragt, den Verbandsstags-Delegirten unserer Wahl-  
abtheilung davon in Kenntniß zu setzen. Der Bevollmächtigte  
sprach den Wunsch aus, die Kollegen möchten die Versammlungen  
auch künftig so besuchen wie heute, da es dann eine Lust wäre,  
Versammlungen einzuberufen und zu leiten. Hierauf Schluß  
der Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die Gesellen-  
organisation.

In der am 5. Februar in Bergedorf abgehaltenen Mit-  
gliederversammlung wurde beschlossen, den streitenden Kollegen  
in Neumünster M. 100 aus der Bekalasse zu überweisen. Zum  
Verbandsstage wurde der Antrag angenommen, den Streikfonds  
wegfallen zu lassen und dafür die Beiträge von über M. 3 Lohn  
auf 20 A., über M. 4 auf 30 A. und über M. 5 auf 40 A. fest-  
zusetzen. Gouarn wurde noch von einem Kollegen gerügt, daß  
bei den Bauarbeiten auf dem Friedrichsruher Thonwerke gleich-  
zeitig die Gerüste in einem äußerst schlechten Zustande sich be-  
finden hätten; erst nach erfolgter Anzeige vor der Revision  
durch einen Beamten der Unfallversicherung wurden dieselben

durch gute Gerüste ersetzt, so daß derselbe bei seiner Anwesenheit  
nichts an dem Gerüste auszufügen fand. Diese Angelegenheit  
soll noch näher zur Sprache gebracht werden.

Die Zahlstelle Berlin II hielt am 8. Februar im Souffle-  
stübchen des Konzerthaus eine Mitgliederversammlung ab. Im  
ersten Punkte der Tagesordnung gab F. r. i. f. f. den Geschäfts-  
bericht. Er streifte in kurzen Umrissen die Lohnbewegung des  
vergangenen Jahres und berichtete sodann, daß die Zahlstelle II  
eine Gesamtmitgliederzahl von 8889 aufweist. Hierauf folgte  
die Abrechnung vom IV. Quartal 1898, die folgendes Resultat  
ergab: Einnahme, inkl. Bestand vom III. Quartal (M. 2082,21),  
M. 11 603,81, Ausgabe M. 9856,81, bleibt ein Bestand von  
M. 2246,80. Die Abrechnung vom Vermögensfonds weist in  
Einnahme, inkl. Bestand vom III. Quartal (M. 6,03), M. 376,53  
und in Ausgabe M. 1124,00 auf. Die Jahresabrechnung ist  
folgende: Einnahme, inkl. Bestand vom Jahre 1897 (M. 846,66),  
M. 25 126,11, Ausgabe M. 22 879,31. Die Jahresabrechnung  
vom Vermögensfonds hat in Einnahme, inkl. Bestand vom  
Jahre 1897 (M. 25,98), M. 684,03 und in Ausgabe von M. 420,90  
zu verzeichnen. Dem Kassirer wurden M. 100 für seine Mit-  
waltungen bewilligt und hierauf Fritz Mabe zum Delegirten  
für den Verbandsstag und Franzel und Seltnerhof zu  
Ergebnismännern gewählt. Ein weiterer Antrag, den Kassirer für  
dieses Jahr vollständig zu belohnen, fand gleichfalls Annahme.  
Als erster Bevollmächtigter wurde Panzer gewählt; die Wahl  
des ersten Kassirers wurde vertagt.

Die Zahlstelle Wlthow wollte am 5. Februar eine Ver-  
sammlung abhalten; leider waren nur 4 Kollegen anwesend.  
Sämt man diesem gegenüber, daß die Wlthower Kollegen in eine  
Lohnbewegung eintraten wollen, dann muß man sich wirklich  
wundern, daß sie keine Zeit haben, sich über die geeigneten Wege,  
ihre Lage zu verbessern, zu beraten. Hoffentlich genügt dieser  
Hinweis, die Kollegen an ihre Pflicht zu erinnern.

Am 5. Februar hielt die Zahlstelle Burchow ihre Mit-  
gliederversammlung ab. Die Lohnkommission berichtete, daß  
auf das Schreiben vom 19. Januar an die Unternehmer keine  
Antwort eingegangen sei. Darauf wurde die Delegirtenwahl  
vorgeschlagen, 14 Stimmen wurden für den Kollegen S. Fied-  
Wilhelmshagen abgegeben. Vom Kollegen Gempt wurde zur  
Sprache gebracht, daß S. Wlth sich für eine Sitzung am  
29. Januar M. 2 Gehaltsgeldung für verfallene Arbeit vom  
Kassirer habe ausbezahlt lassen. Die Verhandlungsweise S. Wlth  
wurde von allen Kollegen gemißbilligt und vom Bevollmächtigten  
besonders gerügt. Wlth entgegnete, er hätte M. 3 und noch mehr  
bedürfen können, wozu S. Wlth sich herbeilassen, daß die  
Sonntagarbeit so viel wie möglich beschränkt werden solle und  
die Angaben des Kollegen Wlth über die Arbeit an dem be-  
treffenden Sonntage auf Unwahrscheinlichkeit beruhten. Nun ging  
Wlth zum nächsten Angriffe über, worauf er aus der Versammlung  
gewiesen wurde. Nach diesen Vorkommnissen wurde von mehreren  
Kollegen der Ausschluß des S. Wlth beantragt, hieron wurde jedoch  
nach einer Erklärung Wlth's nicht genehmigt.

Wlthow, den 8. Februar, hielt die Zahlstelle Celle ihre  
regelmäßige Mitgliederversammlung ab. A. Vudendahl erstattete  
den Bericht der Lohnkommission über die Unterhandlung mit den  
Zunngewerkschaften, worüber sich eine lebhafte Debatte entspann.  
C. Kohl, S. Wlthow und S. Knipp vertraten den Stabmspunkt,  
zur ersten ersten Beschluß, vom 1. April ab 40 A. pro Stunde zu  
fordern, hoch zu halten. Dieser Ansicht traten Vudendahl,  
S. Föhrner und S. Fiedke entgegen. Vudendahl  
meinte, durch die Unterhandlung mit den Meistern hätte die  
Kommission ein anderes Bild bekommen. S. Föhrner stellte  
daraufhin den Antrag, vom 1. April ab 39 A. pro Stunde und  
vom 1. Juli ab 40 A. pro Stunde zu fordern. Dieser Antrag  
wurde angenommen. Sollten die Meister dieses nicht annehmen,  
dann soll die Forderung, pro Stunde 40 A. vom 1. April,  
hoch gehalten werden. Sodann verlas der Kassirer die Abrech-  
nung, welche für richtig befunden wurde. In die öffentliche Ver-  
sammlung wurde S. Lagerhäuser als erster Bevollmächtigter und  
C. Kohl als erster Kassirer gewählt. Dem ersten Kassirer M. 25  
jährlich zu bewilligen, wurde auf Antrag Wlthow's zum Beschluß  
erhoben. Weiter wurde beschlossen, 60 Exemplare der Vorklärung:  
„Das Staatsoberhaupt der Arbeiter“ von Max Schöppel, zum  
Vertrieb unter diesen Kollegen anzuschaffen. Der Kollege  
C. Föhrmann wurde zum Ehrenmitglied ernannt.

Am 9. Februar fand in Cöpenick eine öffentliche Maurer-  
versammlung statt. Zum ersten Punkte der Tagesordnung,  
„Bauarbeitertag“, hielt Kollege S. L. e. r. s. d. i. n. i. einen sehr  
reichen Vortrag, welcher mit großem Beifall aufgenommen  
wurde. Folgende Resolution wurde angenommen: Die heutige  
Versammlung der Maurer Cöpenicks und Umgegend erklärt sich  
mit dem Referenten einverstanden und beschließt, mit allen ihr  
zu Gebote stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß der Bau-  
arbeiterkampf mit Energie durchgeführt wird. Als ersten Schritt  
in dieser Angelegenheit erkennt die Versammlung die Beschaffung  
des Bauarbeiterkongresses in Berlin, wo unser Delegirter die  
Ihm zu Ohren gekommenen Unzulänglichkeiten und Mißstände in  
Vaugewerbe zu melden hat. Kollege C. e. r. i. wurde als Dele-  
girter zum Bauarbeiterkongress gewählt. Dann wurden die  
Kollegen August Mühlstedt, August Mühlstedt, Wilhelm Schulze,  
Franz Lehmann und Wilhelm Ringer in die Lohnkommission  
gewählt. Als Vertrauensmann wurde Kollege S. e. l. l. i. n. g.  
wiederbeigewählt. Der Vortrag der beantragten Erklärung wurde  
den Familien der zu Gerichtsausschüssen bestimmten Dresdener  
Bauarbeiter überreicht.

In der am Sonntag, den 5. Februar, stattgefundenen Mit-  
gliederversammlung der Zahlstelle Cuxhaven wurden im ersten  
Punkte: „Gewerkschaftliches“, seitens des ersten Bevollmächtigten  
die in Nr. 5 des „Grundstein“ veröffentlichten, von unserer  
Zahlstelle gestellten Anträge zum 5. Verbandsstage in Berlin  
vorgelesen. Dann erhaltete derselbe den Geschäftsbericht über das  
verfloffene Jahr, wobei er leider wieder den schlechten Verammlungs-  
besuch rügen mußte. Es wurde von der Versammlung  
gegen den Bericht kein Widerspruch erhoben. Dann verlas der  
Kassirer die veränderte Abrechnung vom vierten Quartal und er-  
stattete dann den Jahresbericht. Weibes wurde von der Ver-  
sammlung für richtig anerkannt und wurde daher dem Kassirer  
auf Antrag der Revisoren Decharge ertheilt. Da in unserer  
Wahlabtheilung Siedowahl ist, so wurde dieselbe vorgeschlagen,  
wobei A. p. e. B. e. g. a. l. 17, F. g. i. n. g. a. Delmenhorst eine  
Stimme erhielt. Im zweiten Punkte wurden, da die bisherige  
Verwaltung eine Wiederwahl entschieden absahnte, die Kollegen  
A. W. a. h. r. s. als erster Bevollmächtigter, und S. F. r. e. u. b. e. r. g.  
als erster Kassirer gewählt. Dann wurde die Herbergskommission  
durch den Kollegen C. W. o. d. e. r. g. a. n. z. als das präfixe damit be-  
auftragte Mitglied D. W. i. t. t. e. n. b. u. r. g. abgewählt. Diese  
Kommission soll dafür Sorge tragen, daß ein Preisvergleich



burger Kollegen die Genehmigung zur Weiterarbeit, immer aber in der Voraussetzung, daß die Arbeit in vier, höchstens fünf Tagen fertig würde. Vom Bevollmächtigten der Hamburger Zählstelle wurde die Lohnkommission in Stellungen von dem Beschluß benachrichtigt und gebeten, möglichst schnell eine gemeinschaftliche Stellung anzubereiten, nur die Angelegenheit eventuell anders zu regeln. Die Lohnkommission hat jedoch nicht dergleichen, sondern bezieht sich auf den Beschluß der öffentlichen Versammlung. In der heutigen Versammlung waren nun zwei Mitglieder von Stellungen anwesend, um Beschwerde gegen den Bevollmächtigten und gegen den Vorstand zu führen. Die Stellungen führten außer Vorstehenden noch in's Feld, daß die Hamburger noch jetzt an dem Bau arbeiten, also nicht hier fünf Tage, sondern über 14 Tage hätten sie schon seit dem Beschluß der Sperrre gearbeitet, und noch immer sei der Arbeit nicht vollendet. Dem Vorstand wurde vorgeworfen, daß für ihn der Stellungen Streik nicht existiere, und daß Kollege Bismarck einem Lohnkommissionsmitglied gegenüber erklärt habe, der Stellungen Streik sei ein General-Streik. Bismarck stellt die Ausführungen der Stellungen Kollegen in das richtige Licht und weiß nach, daß die Stellungen nicht nur gegen das Statut verstoßen, sondern auch ganz und gar unbillig gehandelt haben. Das Verhalten der drei Hamburger Kollegen wurde, da sie den Vorstand und Bevollmächtigten belogen haben, allgemein verurteilt. Der Bevollmächtigte wurde beauftragt, sofort anderen Tages den Versuch zur friedlichen Lösung des Konflikts zu machen. — Von den Hamburger Wauten bedingt der Bevollmächtigte dann noch über verschiedene Mißstände. In der Breitenfelderstraße, Unternehmer Franz Keller, kam es zur Arbeitseinstellung, weil trotz wiederholter Vorstellung der Kollegen kein Ofen in die Wohnung gesetzt wurde. Der Ofen kam dann am selben Tage; die Arbeit konnte aber nicht wieder aufgenommen werden, da der Unternehmer erklärte, er könne nicht für den Wochenlohn garantieren. Bauherr oder General-Unternehmer scheinen kein Geld mehr hergeben zu wollen oder auch nicht zu haben. Vorstich ist also am Wege. Am Neuen Herdermarkt wird ein Bau des Innungsmeisters Wehn in Afford hochgeführt. Da aber laut Innungsbeschluß kein Innungsmeister den Gesellen die Arbeit in Afford geben darf, daß Wehn die Arbeit an seinen Parlier Metzgerle (auch ein ehemaliger Meister) für 18 pro Tausend Steine vergibt. 10 Bzt. des Gesamtlohnes werden einbehalten bis zur Vollendung aller Arbeiten. Auf diesem Affordbau soll nun schwebend gehöhlt und auch gepulvert sein. B. W. sollen bis jetzt 828 000 Steine vermauert worden sein, wozu 400 Sa d. Zement gebraucht wurden, mithin für 1000 Steine 1/2 Sa d. Zement. Den „Zement“ Mittel könne man, nachdem er schon drei Wochen „abgebunden“ habe, noch mit den Fingern aus den Fugen fragen. Vier Mann haben Gerüt und bilden gleichzeitig den „Aufsichtsrath“ zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Kollegen. Ein rüstiger arbeitsfähiger Kollege hat dem Bevollmächtigten erzählt, daß er jeden Abend von Schweiß vollständig durchdringt sei, doch habe er den Parlier und auch den Kollegen noch nicht genug gelacht. Bei der Frankfurter Baugesellschaft ist den ganzen Winter drei offenen Fenstern gearbeitet worden, was gegen das Hamburger Baupolizeibüro verstoßt. Für Staatsbauern scheint das Geld jedoch noch weniger zu bestehen, als für Privatbauern. Bei dem Unternehmer Horn ist eine Patent-Kontrollbede heruntergefallen, nachdem sie bereits drei Wochen fertiggestellt war. Der Einbruch passierte fünf Minuten vor Mitternacht in dem Zimmer, das als Ruhe benutzt wurde. Die am Bau beschäftigten Kollegen hätten es jedoch nicht für nötig gehalten, irgend welche Mitteilung zu machen. Bei den Unternehmern Kmetling & Jentel, am Lehmannweg, wird das Tausend Steine inkl. Vermauerung des Füllzugs und der Treppenhäuser für 6,25 vergütet. Ein Kollege, der etwas das Wort führt, soll zu einem anderen, dem die Geschichte etwas gar zu langsam vorkam, gesagt haben: „Wer bei 6,25 pro Tausend nicht so arbeiten kann, daß er in Hamburg arbeitet.“ Diese Arbeiterkollegen arbeiten all zu sehr Mühen nach der eingetretenen Preissteigerung und Mißtrauen, und sehr oft muß ihnen von den Kollegen eines naheliegenden Baues zugerufen werden: „Mittig überall!“

Eine Zählstelle des Maurerverbandes wurde am 11. Februar im Rathaus i. N. H. gegründet. Kollege John-Waageburg hatte das einleitende Referat übernommen und wählte den Kollegen die Notwendigkeit der Organisation recht klar vor Augen zu führen. Von 48 am Orte befindlichen Maurern traten sofort 40 dem Verbands bei. Wägen die Kollegen festhalten an der Organisation und treue Mitkämpfer werden im Freiheitskampfe des Proletariats.

Die Zählstelle Kiel hielt am Mittwoch, den 15. Februar, ihre Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende vom Gesellen-ausschuß erstattete Bericht über die letzte Ausschreibung. Darnach wurde mit den Meistern vereinbart, den Lohnsatz für 1899 bis 1900 wieder so abzustufen wie im vergangenen Jahre, eventuell mit einer Selbständerung im Winter. Ueber das Einsummen der Beiträge wurde beschlossen, zwei Voten zu wählen, die die Beiträge aus den Wohnungen der Mitglieder abholen. Wegen Affordarbeit wurde 1 Kollege ausgeschlossen. Es wurden ferner 10 für die Beurtheiler in Dresden benannt.

In der Zählstelle Wätsch lag am 4. Februar eine Mitgliederversammlung statt, welche trotz der wichtigen Tagesordnung nur 12 Mann besuch. Die Kollegen schenken ihren Mithier-schaft noch nicht genügend zu haben. Hier scheint offenbar das Sprichwort zur Geltung zu kommen: „Gehienst wollen Alle, aber nicht dazu thun.“ Im ersten Punkt der Tagesordnung betraf der Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal, welche von den Meistern für richtig befunden wurde. Im zweiten Punkt kam die Abrechnung von der Selbstfeier zur Sprache, welche wegen zu hoher Befestigung seitens der Kollegen mit einem Defizit von 1,5 abgeschlossen wurde. Bei der Stichwahl zwischen den Kollegen J. H. P. (Wismar) und Hermann (Neu-Walden) wurde Kollege Fr. Hermann gewählt. Hierauf wurde von der Versammlung gegen zwei Stimmen beschlossen, eine Lohnforderung von 35 % zu stellen. Eine Lohnkommission wurde gewählt, welche mit den Unternehmern in dieser Angelegenheit verhandeln soll. In die drückende Verwaltung wurden gewählt J. H. P. als Bevollmächtigter und August W. als Kassierer. In „Verchiebung“ wurde den Mitgliedern zur Pflicht gemacht, alle Kollegen an ihre Verbindlichkeit zu erinnern. Dann erfolgte Schluß der Versammlung.

Am 9. Februar fand im Lokale des Herrn J. Preuß in Wittenberg eine gut besuchte öffentliche Maurerversammlung

statt, in welcher die Gründung einer Zählstelle beschlossen wurde. In die drückende Verwaltung wurde Kollege R. K. als erster Bevollmächtigter und als Kassierer der Kollege K. L. gewählt. Ein Antrag des Kollegen Sch. wurde, die wöchentlichen Beiträge zum Streifonds auf 80 % festzusetzen, wurde einstimmig angenommen. Sodann wurde beschlossen, daß die regelmäßigen Mitgliederversammlungen jeden Donnerstag nach dem 1. eines jeden Monats stattfinden, der Kassierer hat jeden Sonntag von 8-10 Uhr Abends im Lokale des Herrn J. Preuß zu kassiren. Zum Schluß wurden die Kollegen ermächtigt, recht fleißig die Mitgliederversammlungen zu besuchen.

Der Vertrauensmann in Wittweida richtet an die dortigen Kollegen folgende Mahnung: Vertheilte Kollegen! Der Winter mit seinen Schrecken und Uebeln für uns geht zur Neige, und die Natur zeigt uns hier und da, daß wir uns bald wieder mit Frühlingsgeboten besetzen können. Darum, Kollegen, mag es uns einmischen sein, daß wir im kommenden Frühling wieder auf dem Pollen sein müssen, um das schon Frühlings festhalten und, wenn möglich, zu verbessern. Darum macht jeden Mitkollegen, welcher dem Verbands noch nicht angehört, mit unseren Ideen vertraut, damit die uns Fernstehenden den Wahrspruch „Einigkeit macht Fort“ auch begreifen lernen. Kollegen, eure Aufmerksamkeit soll aber jetzt auf die bevorstehenden Gewerbe- und Arbeitswahlen gelenkt werden, welche den 13. März dieses Jahres im Restaurant „Wartburg“ stattfinden. Kollegen, wir wissen, was das Gewerbegericht für uns Gutes gestiftet hat, und welche Vorteile es besitzt, darum mag es sich jeder Kollege zur Pflicht machen, sein Wahlrecht auszuüben, und jeden Freund und Kollegen dazu anhalten, daß er das Wahlrecht nicht verliere. Diesem Zweck dienen, daß sie auch maßgebend sind, und folglich bei früheren Wahlen ihre Pflicht nicht erfüllt haben. Dieses Hebel muß vermindert werden. Ihr müßt von Euren Meistern den ausgiebigsten Gebrauch machen. Jeder ist wahlberechtigt, der das 25. Lebensjahr bis zum Tage der Wahl zurückgelegt hat, und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist, und ein Jahr in Wittweida ununterbrochen in Arbeit gestanden hat. (Die Kollegen vom Verbands mögen besonders darauf hingewiesen sein.) Auch können diejenigen wählen, welche auswärts arbeiten, wenn sie nachweisen, daß sie die letzten zwei Jahre ununterbrochen ihren Wohnsitz in Wittweida hatten. Als Legitimation dient ein Zeugnis vom Unternehmer. Bei jugendlichem Aussehen, so daß man über das Alter im Irrthum sein kann, steckt man zur Vorsicht den Militärpaß oder Geburtschein zu sich, die auswärts Arbeitenden mögen Stuerzettel, Wohnungskarten, oder noch besser, eine Befreiung vom Meibamt mit verschaffen. Also Kollegen, unsere Parole soll sein: Ehrlich, nie erlösende Legitimation für unsere Verbands und Legitimation zur Gewerbe-gerichtswahl bis zur Weibung des Wahlrechts. Wenn jeder Kollege seine Pflicht erfüllt, wird unsere Sache von Erfolg gekrönt sein.

NB. Gleichzeitig wird bekannt gegeben, daß ein Kunststudienbüro über gewerbliche Streitigkeiten errichtet worden ist. Jedem von Euch wird unentgeltlich Auskunft ertheilt. Wendet Euch darum bei etwaigen Vorkommnissen an Genossen Kaufmann Wilhelm W. in der Vorbreitenstraße.

Im Gasthaus „Zur Krone“ zu Wittweida fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Bei der Stichwahl erhielt Kollege W. 48 Stimmen, S. 40 und P. 9 Stimmen. Als Vorarbeiter wurde Kollege J. G. gewählt. In der Ferner wurden von den Kollegen 473 freiwillig gemeldet für die Familien der vom Dresdener Schwurgericht zu Jugendhaus Verurtheilten. Ueber die hiesigen Kollegen, die in Hamburg b. d. auf dem Neubau von Lang & Bergin während der Sperrre arbeiten, empfahl man sich eine lebhaftes Begehr, denn es war auch ein Arbeiterkollege hier anwesend. Die Mitglieder Kollegen wurden erwidert, daß doch mit den Arbeiterkollegen solidarisch zu erklären, dann wäre in zwei bis drei Tagen die Sperrre erledigt. Zum Schluß wurden die Kollegen vom Bevollmächtigten an die Pflicht zur Vor- und Nacharbeit ermächtigt, es solle sich jeder ein Exemplar besorgen, damit Kosten erspart werden. Ferner wurden die Kollegen noch darauf hingewiesen, ihre regelmäßigen Beiträge vom letzten Quartal 1898 zu bezahlen, sowie sich in diesem Jahre an drei Sammlungen zum Streifonds recht rege zu beteiligen. Mit einem Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands wurde die Versammlung geschlossen.

Die Zählstelle Weiche hielt am 5. Februar im Lokale des Herrn Meier ihre Monatsversammlung ab. Kollege Müller-Vorstau hielt einen Vortrag über: „Die wirtschaftliche Lage der Maurer Deutschlands und wie ist dieselbe zu verbessern?“ Von mehreren Kollegen wurden die jährlichen Mißstände auf den Bauteil besprochen. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, die Lohnkommission möge mit den Unternehmern in Unterhandlung treten. Sonntag, den 6. März, beginnt die diesjährige Beitragszahlung. Die Kollegen werden ermahnt, am Zahltag pünktlich und vollständig zu erscheinen.

In Neumünster fand am 12. Februar eine Extraversammlung statt, in welcher die Neuwahlen der Zählstellenverwaltung vorgenommen wurden. Es wurden gewählt als erster Bevollmächtigter S. Christmann und als erster Kassierer G. Hill. Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Der Streik am Det.“ referirte zunächst Kollege Sch. Ueber die Bedeutung der Pflicht aus, daß in der letzten Zeit Ereignisse eingetreten sind, die die Annahme, der Streik werde sein baldiges Ende zu Gunsten der Geleiten erreichen, gerechtfertigt erscheinen lassen. Der Umstand, daß die Zimmerer und Bauarbeiter ebenfalls mit Forderungen aufgereicht sind, könne für die Streikenden nur von Nutzen sein. Außerdem komme noch hinzu, daß auch die Arbeiterkollegen von den Meistern 60 % Einmündigkeit bei befristeter täglicher Arbeitzeit gefordert hätten. Wenn das Letztere auch noch nicht als ein Wandel zu betrachten sei, so zeige es doch, daß die Streikenden sehr der Situation sind. Innerhalb müsse man aber auf der Hut sein, um sich vor Ueberrumpelungen zu sichern. Nach einer unentschiedenen Diskussion über diesen Gegenstand trat Schluß der Versammlung ein.

Die Zählstelle Nordhausen hielt am Sonntag, den 6. Februar, ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche ausnahmsweise gut besucht war. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurde Kollege G. H. als Vorarbeiter und Delegirter zum Verbandsrat gewählt. Dann sprach Kollege T. H. aus Kassel über „Die Organisation der hiesigen Maurer“. Zum Schluß wurde die Abrechnung vom vierten Quartal vorgelesen, welche zufriedenstellend ausfiel. Ehrlige Kollegen sind mit ihren Beiträgen im Rückstande.

Aus Nürnberg schreibt man uns: Im Jahre 1894 gab es hier eine Anzahl Kollegen, die glauben, ihre Lage durch Verbesserung zu können, wenn sie aus dem Verbands austreten und eine lokale Vereinigung gründen würden. Gedacht, gekannt. Die Organisation kam zu Stande; die Beiträge sollten am Orte vorbehalten und verbraucht werden. Inwiefern man im Stande ist, mittelst einer lokalen Organisation die wirtschaftliche Lage der Maurer Nürnberg zu verbessern, dafür legt die 1895er Höhebewegung ein berechtigtes Zeugnis ab. Nach Weibung des Streiks blieb dem Lokalverein, der sich „Vereinigung der Maurer und Steinbauer von Nürnberg und Umgegend“ nannte, nur ein kleines Häuflein Mitglieder und beim 1898er Streik war der Verein eine vollstehende Streikbrecher-Organisation. Seit der Zeit hörte man nichts mehr von dem Gesellschafter, bis vor einigen Wochen wieder, eines Lebenszeichen der hiesig lebendigen Leute erfolgte. Unsere Münchener Verbandszählstelle erhielt nämlich folgendes Schreiben:

Nürnberg, 10. Dezember 1898.

Wir die Kollegen, die Maurer und Steinbauer zu Nürnberg.

Vertraut. Gründung eines Sächsischen Maurer- und Steinbauer-Verbands.

Vertheilte Kollegen! Die Lokal-Vereinigung der Maurer und Steinbauer Nürnberg sieht sich veranlaßt, in bestimmten Sächsischen Sächsischen die Frage zu stellen, ob es möglich wäre, einen Sächsischen Maurer- und Steinbauer-Verband zu gründen zu können. Es wird nämlich von vielen Kollegen geäußert, daß sie gern der Organisation beitreten würden, wenn der Sitz derselben nicht im Norden, sondern im Süden wäre. Es liegt daher im Interesse eines jeden sächsischen Maurers und Steinbauers, darnach zu trachten, daß eine solche (!) Zahl zur Organisation beiträgt, und dies können wir nur durch einen Sächsischen Verband erlangen. Wenn wir den Zentralverband der Maurer und Steinbauer Deutschlands weiter führen, so haben wir zwar eine Verbesserung im Norden, aber im Süden nicht die geringste Spur davon. Wir bringen durch einen Sächsischen Verband eine weit größere Organisation zu Stande als je zuvor. Wir erlauben daher die Kollegen, sich so bald wie möglich zu erklären, damit wir weitere Schritte thun können.

Adungsloos

Die Verwaltung der Maurer und Steinbauer Nürnberg und Umgegend.

Michael Meis.

Zu dem Schreiben sei zunächst bemerkt, daß man die „Anerkennung vieler Kollegen“, sie würden gern der Organisation beitreten, wenn der Sitz derselben im Süden sei, nur in dem engen Kreise des Weichslerkreises hören kann. Das Gros der Nürnberger Maurer und Steinbauer denkt gar nicht daran. Soweit die Kollegen nicht im Zentralverband sind, stehen sie jeder Organisation indifferent gegenüber. Uebrigens ist die Probe auf das Exempel ja schon früher gemacht worden. 1898 wurde in Nürnberg ein Sächsischer Baugewerkschafts-Verband gegründet, aber bis auf die paar Gründer blieben die Mitglieder aus. Eine lächerliche Behauptung ist es auch von dem Weichslerkreise, zu erklären, die sächsischen Kollegen hätten keinen Nutzen von dem Zentralverband. Will der Mann uns etwa glauben machen, daß, Meier, Kumbach, Schwabach, Kistinger, Wambach, Wiesbaden, Frankfurt a. M., Mainz, Neustadt an der Saar, Speyer, Freiburg i. B. u. a. m. in den Norddeutschen? In allen vorgenannten Orten sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kollegen durch die rege Thätigkeit des Zentralverbandes verbessert worden, und theilweise mit schwerem Gelde.

Wenn es den Herren Meis und Genossen wirklich Ernst ist mit der Verbesserung ihrer und ihrer traurigen Lage, dann sollen sie unsere Organisation, den Zentralverband der Maurer Deutschlands, kräftig ausbauen helfen, damit er allen Sächsischen trocken kann. Angehängt der geplanten Gründung eines großen „Arbeitsgewerkschafts“ der Baumeister ist die von Meis angeregte Beibehaltung der Arbeiterorganisation geradezu ein Verath der Arbeiterinteressen.

In einer am 15. Februar in Döbese abgehaltenen öffentlichen Maurerverammlung wurde nach einem vom Kollegen Thormann aus Döbese gehaltenen Vortrage beschlossen, den Bauarbeiterfortschritt in Berlin durch einen Delegirten zu beschicken. Als Delegirter wurde Kollege Thormann gewählt. Die Mitglieder der neu gegründeten Zählstelle ist bereits auf 45 angewachsen. Es sieht zu hoffen, daß die Zählstelle-bis zum Bestand sein wird.

Die Zählstelle Pantow bei Berlin hielt am 12. Februar eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, welche ziemlich gut besucht war. Als Referent war Kollege Schulz-Werlin erschienen, welcher einen Vortrag hielt über: „Die geistliche Erziehung der arbeitenden Klasse“. Die Ausführungen des Referenten wurden mit großer Begeisterung aufgenommen. Dann wurde über die rucklose Affordarbeit debattirt. Nachgehender Antrag fand Annahme: „Das schwere Unglück auf dem Bau Walter in Salsen, wodurch wieder so viele Menschenleben vernichtet sind, ist auf die Affordarbeit zurückzuführen. Die heutige in Pantow tagende Maurerverammlung spricht ihr größtes Bedauern darüber aus, daß die Affordarbeit noch nicht beste Arbeitsform von unseren Innungsmestern anerkannt und ihr der „Anerkennung-Zahlung“ der Verein der Affordmaurer den Meistern angegriffen wird.“ Das Mitglied Hermann Dörfer-Meier-Schulhausen wurde aus dem Verbands ausgeschlossen.

Aus Forstheim meldet uns geschrieben: Die weltbekannte Bauknecht Döbse W. G. hat es in der Ueber zu ihren Arbeitern ziemlich weit gebracht. Die Firma hat 1. D. einen Parlier, der die Maurer und Zugsänger bei jeder Gelegenheit mit Schlägen bedroht, vielleicht auch traktirt. Dabei besteht er, wie es scheint, vom Handwert sehr wenig, er ist lediglich als logenanterter Schabtreter angefaßt, und dieser Würde scheint er sich auch völlig bewußt zu sein. Aber auch einigen anderen Parlieren verleiht die Firma Schutze es nur in ihrem Vortheil liegen, wenn sie ihre Mitarbeiter etwas freundlicher behandeln; sie mögen bedenken, daß auch sie sich einmischen zu den Klassenbewußten Arbeitern rechnen. Nun zu der Firma selbst. Geht ein Arbeiter auf ordnungsgemäße Weise ab oder wird entlassen, so müß er allenfalls nur bis drei Tage warten, bis ihm sein letzter Lohn und seine Invalidentaxe ausgehändigt wird. Am meisten werden die Italiener von diesen Praktiken betroffen, die nehmbar auch noch auf's Größtliche ausgebeutet werden. Macht man nun Herrn G. W. auf sein Unrecht aufmerksam, so sagt er: „Ich bin Herr in Gasse und mache, was ich will, meine Arbeiter brauchen die nicht zu fragen.“ (Kann denn denn Herr

nicht einmal durch Gewergerichtsurteil begrifflich gemacht werden, das sich seine Herrschaft im Hause nicht auf Gesetzesleistungen ausdehnen darf? (Vgl. B. „Grundstein“). Am letzten Sonntag kamen diese Praktiken wieder einmal einem Verbandskollegen gegenüber zur Anwendung, der schon ein halbes Jahr bei der Firma arbeitete und während dieser Zeit alle bei der Firma vorgekommenen Missethate an die Öffentlichkeit brachte. Am letzten Sonntag also wurde plötzlich diesem Kollegen der Lohn gekürzt, ohne daß ihm vorher davon eine Mitteilung gemacht war. Als nur unser Kollege den Herrn Goldmann darüber zur Rede stellte, wurde er von diesem in so großer Weise angefahren, wie es eben nur ein Baumtischlermeister fertig bringt. Aber es sollte noch besser kommen. Als alle anderen Arbeiter sich nach Hause begeben hatten und unser Kollege sich nur noch allein bei Goldmann und seinen Getreuen; den Parlieren, befand, vergaß sich Herr Goldmann so weit, daß er den Kollegen thätlich angriff, ihn würgte und schlug. Nachdem der Kollege den laubenden Patron abgepfiffelt hatte, verzog er sich schnell, um nicht nochmals in die Strahlen dieses Tigers, in Gestalt eines wutstürmenden Baumtischlermeisters, zu fallen. Aus dem Treiben eines solchen Mannes, deren es noch mehr hierorts gibt, sehen die Kollegen wieder, daß es unbedingt nötig ist, eine feste Organisation zu schaffen, damit den Herren etwas die Strahlen besinneln werden: Deshalb heraus, Kollegen, aus dem Winterurlaub, rafft Euch auf und agiert, damit wir unsere Rechte wahren können.

Am Dienstag, den 7. Februar, tagte im „Fähringer Hof“ eine Versammlung der Baustellen-Mitglieder. Zum Delegierten wurde in der Stichwahl Kollege C u a r d R i n n e r mit 52 Stimmen gewählt. Die Versammlung war nur schwach besucht, jedoch fanden sich später noch mehrere Kollegen ein. Es wird daher dringend gewünscht, daß die Kollegen die Versammlungen besser und pünktlicher besuchen, sonst müssen wir sie auf längere Zeit ausfallen lassen.

Die Baustelle-Spannband hielt am 7. Februar ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Unternehmerverordnungs. 2. Wie stellen wir uns zur Affordarbeit? 3. Wahl eines Delegierten zur Provinzialkonferenz zu Berlin. Kollege Lemme hielt einen lehrreichen Vortrag über Unternehmerverordnungs, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. Am zweiten Punkte sprach sich Kollege Lemme dahin aus, die Affordarbeit ganz abzuweisen. Da dieser Vorschlag aber wohl nicht ganz durchführbar sein würde, mußte man mindestens dahin streben, daß nicht im Afford gearbeitet werden dürfe; wenn beim Putzen und Nagen noch im Afford gearbeitet werden soll, so muß man beim Putzen A 1 und beim Nagen 50 A pro Tag Zuschlag fordern. Mehrere stellten dies als Antrag, welcher auch einstimmig angenommen wurde. Lemme wurde dann als Delegierter zur Provinzialkonferenz gewählt. Entgegen einem Beschluß der letzten öffentlichen Versammlung, 25 A pro Woche zum Streifenfonds zu zahlen, wurde nun beschloffen, 20 A-Marken zu geben und diese vom Vorstand zu beziehen. Wochensloffen wurde ferner, der Lohnkommission für jeden Sonntag und je zwei Mann pro Person 80 A Lohnungsgeber zu zahlen. Kollege Lemme legte hierauf der Lohnkommission an's Herz, jetzt auch pünktlich, wenigstens von 10-12 Uhr, ihre Arbeiten zu verrichten. Der Kassierer Wadl gab bekannt, daß er von jetzt ab nicht für 5 PzL, sondern für 8 PzL sein Amt verwaltete würde. Zum Schluß führte Mehrere noch an, daß sich Verbandskollegen gewünscht hätten, einen Affordverein hier am Orte zu gründen.

Die Kollegen von Steglitz hatten es recht nötig, an Orte selbst und auch in der Umgebung recht tüchtig für die Organisation zu agitieren. Man sieht und hört jedoch nichts von solcher Thätigkeit. Die Kollegen sollten sich trümen noch. Obwohl hier eine gute Bautourenleitung herrscht, machen die Meister und Bauarbeiter doch gar keinen Anspruch auf Erhöhung ihrer Lebenshaltung. Und doch wäre es so leicht, eine Erhöhung des Lohnes und eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen, wenn die Mehrzahl der Kollegen nicht gar so schlaf wäre. Den berufenen Leitern der Organisation muß dieser Zustand aber erst recht ein Ansporn zu erhöhter Thätigkeit sein.

Am 6. Februar tagte im „Deutschen Haus“ in Taucha eine öffentliche Maurerverammlung mit der Tagesordnung: 1. Bericht der Lohnkommission. 2. Gewerkschaftliches. Zum ersten Punkte erläuterte der Kollege Robert R a t h e r aus Taucha Bericht. Derselbe giebt bekannt, daß unsere Forderungen den Unternehmern schriftlich zugestellt wurden und betont, daß die Gehälter bereit seien, zu unterhandeln. Auf dieses Schreiben haben die Unternehmer aber nicht geantwortet. Die Kommission sah sich deshalb genötigt, ein zweites Schreiben an die betreffenden Herren zu schicken. Hierauf hat der Maurermeister S p e r t i n g geantwortet: „Herr Robert Rath, Vorsitzender. Auf Ihr werthes Schreiben am 17. und 27. v. M. theilte ich Ihnen hierdurch mit, daß es mir als Arbeitgeber ganz gleich sein kann, wie viel ich Lohn zahle, die Hauptsache ist nur, ob ich es wieder bekomme und ob ich dann noch in der Umgebung, wie die Maurermeister von Hohensalbe, Nischmann und Hohensalbe mit konkurrieren, bei ihrem 31 und 32 A Lohn einen Bau bekommen kann. Ich habe im Jahre 1894 noch 28 A Lohn pro Stunde gezahlt und den Lohn in 4 Jahren selbstständig nach und nach auf 37 A erhöht, aber nun gleich einen Sprung von 8 A pro Stunde mehr, wo es ganz traurig mit der Arbeit ausfällt, so glaube ich nicht, daß das so gehen wird. Ich bitte Sie deshalb, dies Ihren Kollegen vorzutheilen. Ich dachte, wenn ich jetzt pro Woche 24 freier Hand baar bezahlt habe, wo die Leute zum größten Teil in Holzpantoffeln an die Arbeit gehen und Mittags mit Ihren Familien zu Hause essen können, das wären keine schlechten Zeiten. So hochachtungsvoll Ferdinand Sperling, Baumeister.“ Herr Sperling hatte hierauf ein drittes Schreiben erhalten, worin er gebeten wurde, doch mündlich mit den Kollegen zu verhandeln. Eine Antwort ist aber noch nicht erfolgt. Die beiden anderen Unternehmern haben überhaupt nicht geantwortet. Hierauf giebt Kollege R a t h e r einen ausführlichen Bericht über die Gründe, welche die Maurerschaft zu dieser Bewegung gezwungen hatte und weist nach, daß unsere Forderung 10wöchige Arbeitszeit und 45 A Mindestlohn eine gerechte Forderung ist. Da die Bauhätigkeit in Taucha eine gute sein wird, so hoffen die Kollegen, auch einmal in Taucha, in ihrem Heimatort, arbeiten zu können.

Am 7. Februar fand in Weiskensee eine öffentliche Maurerverammlung statt. Kollege Dietrich-Werlin besprach die Lohnveränderung in den verschiedenen Jahren und sprach die unabweisbare Forderung an die Kollegen aus, sich mehr Gesetzeskenntnis anzueignen, damit uns die vielen Prozesse erspart blieben. Die Versammlung beschloß die Beschäftigung des Bauarbeiterkongresses und wählte Jürgen als Delegierten. Von

Sonntag, den 12. Februar, ab werden Sammelkarten ausgegeben. Marken à 25 A sind an den bekannten Stellen zu haben. Donnerstags findet bei Röhne die Abstempelung der Arbeitslosigkeit statt. Nach Annahme von zwei Resolutionen gegen das Dresdener Buchhändlerurteil und gegen den Buchdruckerstreik. Scherl-Berlin wurde die Versammlung geschlossen.

Am 5. Februar fand in Worms eine öffentliche Maurerverammlung statt, zu der Kollege Frau s-Mannheim als Referent erschienen war. Referent sprach über die Frage: „Warum verdienen wir uns?“ In der Debatte beteiligten sich mehrere Kollegen, unter Anderem auch der Vorsitzende des Wormser Maurerevereins, der den Wunsch äußerte, daß dem Maurereverein eine schriftliche Einladung ausgehen möge, wenn die Mitglieder des Verbandes eine weitere öffentliche Versammlung anberaumen. Dies wurde zugestimmt. In den Verband ließen sich 6 Kollegen aufnehmen.

Stuttareure.

An die Stuttareure, Gipser u. verw. Berufsgenossen. Um mehrfachen Anfragen gerecht zu werden, theilen wir hierdurch mit, daß die Besetzung der Protokolle in den nächsten Tagen erfolgt.

In nächster Nummer erfolgt die Veröffentlichung des Adressenverzeichnis ohne Rücksicht auf diejenigen, die die Adressen nicht einhandten.

Die Münchener Kollegen stehen wegen Zirkulation schwarzer Alben mit den Meistern in Differenzen, und bitten die wackeren Kollegen, München zu meiden.

Der neu gewählte Vorstand der Filiale Darmstadt wird hiermit befragt: Mit kollegialstem Gruß Der Hauptvorstand. J. M.: C. H. D e n t h a l.

Leipzig. Nach dem Versammlungsbericht der Filiale Berlin, Nr. 4 des „Grundstein“, hat sich ein Mehrere ziemlich abfällig über mich als Verbandsmitglied geäußert. Der Berliner Kollege hält mich für die heutige Bewegung nicht mehr geeignet. Ich schied voraus, daß ich bis heute noch nicht weiß, wer der betreffende Redner ist. Ich möchte dem Herrn Kollegen aber doch sagen, er soll es ruhig den Leipziger Kollegen — welche waren meine Wähler — überlassen, darüber zu urtheilen, ob ich geeignet bin, sie auf dem Verbandstisch zu vertreten. Ich muß es weiter mindestens als eine große Laifigkeit des Berliner Kollegen bezeichnen, daß er einen Vorwiesenden, der sich nicht an gleicher Stelle vertheidigen kann, in verletzender Weise angegriffen. Ich sage voraus, daß der Kollege nicht kennt, wann hätte er auch wußten können, daß ich seit Gründung unserer Organisation (1893) mit wenig Unterbrechungen an der Spitze derselben gestanden habe. Zwei Tage vor der Rede des Berliner Kollegen habe ich eine Wiederwahl zum Verbandsmitglied der hiesigen Filiale abgelehnt, nicht, weil ich nicht mehr für befähigt hielt, den Vorleser auszufüllen, sondern, weil ich anderwärts im Interesse der Gewerkschaft genügend beschäftigt bin. Ich weiß daher die ganz unnothwendigen Angriffe des Berliner Kollegen hiermit zurück.

Gera. Am Dienstag, den 7. Februar, traten die Stuttareure Gera in eine Lohnbewegung ein. Ein günstiger Augenblick konnte nicht abgewartet werden, da gegenwärtig die Geschäftslage eine überaus günstige ist. Es wurde eine Kommission gewählt, welche mit einem neuen Tarif beauftragt, bei sämtlichen hiesigen Meistern vorstellig wurde. Stademeister G. Dressel bewilligte und unterzeichnete sofort unsere Forderungen und äußerte bescheidenen Forderungen. Der Streit bei der Firma G l a d d d a u e r t e 1 4 Tag und es wurde pro Stunde eine vorläufige Lohnherhöhung von 5 A für jeden Stuttareure erlaßt. Am 1. April d. J. verpflichtet sich die Firma U l l e r, nochmals eine entsprechende Lohnherhöhung in Kraft treten zu lassen, da für die nächsten neuen Lohnsätze ebenfalls erst eine höhere Preisstufe geschaffen wurde, welche den neuen Lohnherhöhungen der Arbeiter entsprechen müßte. Sollte die Firma U l l e r am 1. April ihr Ehrenwort nicht einlösen, so werden wir ohne Weiteres sofort die Arbeit wieder einstellen.

Samburg. In der Mitglieder-Versammlung am 8. Februar erfolgte zunächst die Berlegung der Quartalsabrechnung. Diefelbe ergab: Kassensbestand vom vorigen Quartal A 511,53, 35 PzL der Beiträge A 124,29, sonstige Einnahme A 98,03. Summa A 733,85. Ausgabe inkl. A 10 Montageld für den Kassierer A 21,88. Ausgabevermögen A 521,97. Das Sitzungsgeld ergab an Einnahme A 61,99, an Ausgabe A 65,15. Es stehen noch 14 Karten à 50 A aus. Der Vorstands- und Jahresbericht ergab Mitgliederbestand am Ende des Vorjahres 182. Mitglieder-Versammlungen haben im letzten Jahre stattgefunden 17, öffentliche Versammlungen 2. Vorstand und Kassierer wurde Decharge erteilt. Als 1. Vorsitzender wurde Thielberg wiedergewählt, als 2. Vorsitzender Otto Bruchmüller, als 1. Kassierer G e d w i e b e r g e w ä h l t, als 2. Kassierer Grün jun., als 1. Schriftführer D. Toop wiedergewählt, als zweiter S. Erdmann, als Parteibeauftragter Lehne und Schnarkhorst, als Meisterns Jute und Schnalkenmüller, in die Bibliothekskommission Eder, Lehne und Dente, in die Kommission des Bes. Bes. C. Peters, Rose und A. Woss, als Kontrolleure W. Herin und S. Worder. Betreffs Unterstützung der Familien der Dresdener zu Zuschüssen verurtheilten Kollegen wurde beschloffen, dieses vorläufig zu vertragen, da in erster Zeit unbedingt reichlich Unterstützung eingehenden würde. Ihr durchgehende Verbandskollegen wurde von hiesiger Filiale zwei Nädle freies Quartier angenommen. Zum Bericht vom Bau- und Sparverein wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich über die Gründung einer Konsum-Gesellschaft im Sinne der Vorlage der Kommission einverstanden, indem dieselbe die den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter eine fröhliche Mithat darstellt, aus welcher Erödigung es Pflicht ist, dieses Unternehmen nach Kräften zu fördern und ausbauen zu helfen.“ In dem Bericht vom 18. Januar soll es heißen: Sie konstatirt, daß laut Abrechnung vom 3. Quartal die Mitgliederzahl nach den eingegangenen Beiträgen exklusive der fünf rückständigen Filialen 1218 beträgt. — Hiernach protestirt die hiesige Filiale gegen den Beschluß der Eisenfelder Kollegen, betreffs Festsetzen, da die Gebier in dieser Zeit zu nüglicheren Zwecken gebraucht werden müßten.

Leipzig. Samstag, den 4. Februar, tagte bei Spieß, Seeburgstr., eine mächtig besuchte Versammlung. Im ersten Punkt der Tagesordnung hielt Genosse W i n k l e r einen lehrreichen Vortrag über: „Die Organisationskämpfe der Handwerker in Mittelalter.“ Mehrere schilderte in ausführlicher Weise die Entstehung der Gesellenorganisation im Mittelalter und führte aus, daß dieselben genau so besämpft worden sind, wie die heutige moderne Arbeiterbewegung. Mehrere Beifall lobte den Redner. Eine Diskussion fand nicht statt. Darauf machte die Arbeitsnachweiskommission einige Vorschläge zur Verbesserung des Reglements, welche theils anerkannt, theils aber auch sehr bekämpft wurden. Einige Redner beauftragten, den Arbeitsnachweis überhaupt fallen zu lassen, da derselbe einen Keil in unsere Gewerkschaft getrieben hätte, und seit Bestehen nur die Ursache zu Bann und Streit gewesen sei. Schließlich wurde folgender Antrag gegen eine Stimme angenommen: „Das Arbeitsnachweisreglement ist nochmals einer Revision zu unterziehen und darnach dem Arbeitgeber zu unterbreiten. Das Resultat ist in einer öffentlichen Versammlung bekannt zu geben, wo eventl. weitere Beschüsse gefaßt werden können. Wegen vorgezogener Zeit erfolgte dann Schluß der Versammlung.“

Anmerkung des Schriftführers. Es ist zu beklagen, daß die Versammlung trotz der interessanten Tagesordnung so schwach besucht war. Von ca. 150 am Orte anwesenden Kollegen waren nur 46 erschienen. Es wäre zu hoffen, daß die Kollegen in den nächsten Versammlungen vollständig erscheinen, da die zu fassenden Beschlüsse von einschneidender Bedeutung für unser ferneres gewerkschaftliches Leben sind. — Eine am 18. d. M. stattgehabte Versammlung beschloß sich auch mit dem in Nr. 7 des „Grundstein“ gemauerten Vorschlage des Ausschusses, betreffend Bauarbeiterkongress. Die Versammlung war der Ansicht, daß der Vorschlag zu spät gemacht wurde und seine Ausführung auch mit zu großen Kosten verknüpft sei. Sie hält es für richtiger, wenn die Vertrauensmänner der einzelnen Filialen aufgefordert werden, das Material zu dem Kongress, Mißstände auf Bauwesen hin, schriftlich an Denthall einzuhändigen, welcher dann die Gesamtheit der Stuttareure auf dem Kongress zu vertreten hat.

Mühlheim a. d. Mühe. Am Freitag, den 10. Februar, fand hier eine öffentliche Stuttareureversammlung statt. Kollege D e n t h a l -Stöin referirte über die Frage: „Wie verbessern wir unsere Lage?“ Mehrere besprach in eingehender Weise die Nothlage der arbeitenden Klasse und wie sie in ihrem Kampfe um Verbesserung von der herrschenden Gesellschaft behandelt wird. Auch das ungeheure Leid der Dresdener Arbeiter wurde von Mehrere einer scharfen aber zutreffenden Kritik unterzogen. Nachdem Mehrere noch an verschiedenen Beispielen die Schädlichkeit der Affordarbeit nachgewiesen, forderte er die Anwesenden auf, sich alle dem Zentralverband der Stuttareure anzuschließen. Folgende Resolution gelangte alsdann zur Annahme: „Die heutige Versammlung der Stuttareure erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und anerkennt, daß die Arbeiter nur durch Organisation ihre Lage verbessern können.“ Sämtliche Kollegen wurden dann rüchmalls ermahnt, dem Verbande beizutreten. 21 Kollegen erklärten sich auch sofort bereit. Zur provisorischen Verwaltung der Filiale wurden Blankberg, Schmitz und Friedrichs ernannt. Von Mehrere wurde dann der Arbeitsannahme bei der Firma S o l e t & H a n d o r f gemauert, weil A. sich der größten Ausbrüche gegenüber den Stuttareuren bedient und auch überhaupt keine Verbandsmitglieder in Arbeit haben will. Forzhelm. Am Mittwoch, den 16. Februar, fand eine öffentliche Versammlung der Gipser und Stuttareure im Gasthof „Zum goldenen Hühner“ statt mit der Tagesordnung: „Die Antwort der Meister auf unsere Forderungen und wie verhalten wir uns dazu?“ Das Referat übernahm Kollege Stoll aus Stuttgart. Derselbe erwähnte den Kollegen die Abnahme der von den Meistern bewilligten Forderungen, da Forzhelm in der Organisation noch sehr jung sei und man nicht alles auf einmal erreichen könne. Es wurde beauftragt: Zechnmäßige Arbeitszeit, von 8-8 Uhr, und 60 A Mindestlohn für gute Arbeiter, ebenfalls soll die Affordarbeit abgeschafft werden. Es entspann sich eine längere Debatte über die Vergütung für Heberstunden, Sonntags- und Nacharbeit, da die Meister nicht mehr als den Stundenlohn für dieselbe bezahlen wollten. Es wurde beschloffen, ohne Lohnaufschlag nicht länger als an dem in der Woche festgesetzten Tagelohn zu arbeiten. Dieser Beschluß soll den Meistern nochmals mitgeteilt werden.

Krankenkasse.

Zahn! Die hiesige Baustelle der Zentralkrankenkasse der Maurer usw., „Grundstein zur Einigkeit“ hielt am 12. Februar eine Mitglieder-Versammlung ab. Die Abrechnung vom vierten Quartal wurde verlesen und wurden Einwendungen dagegen nicht laut. In die Verwaltung wurden folgende Kollegen gewählt: S. Stein für, Bevollmächtigter; G. Raack, Kassierer; S. Reiser, Schriftführer; Ab. J e p e r n i d. I. I. W. H. Becker, W. K. Leipzig als Revisor. Beschloffen wurde, nur Sonntags Beiträge entgegen zu nehmen und nur Sonntags Unterstützung auszugeben.

Literarisches.

Wort der „Neuen Welt“ (Stuttgart, Dieb's Verlag) ist soeben das 21. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt hebt wir hervor: Das Dresdener Urtheil. — Schippl und der Militärrichter von A. Knauth. — (Fortsetzung). — Weitere und neuere Vergegenwärtigung in Deutschland. — Von Otto Gunt. — Ueber Vermittlung von Infektionskrankheiten durch Gliebersfüßler. Von Dr. S. W. J. W. Leipzig als Revisor. Beschloffen wurde, nur Sonntags Beiträge entgegen zu nehmen und nur Sonntags Unterstützung auszugeben.

Zentral-Krankenkasse

der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stuttareure Deutschlands, „Grundstein zur Einigkeit“ (e. H. Nr. 7).

In der Woche vom 12. bis 18. Februar sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Altona A 300. — Zuschuß ertheilt: Charlottenburg A 500, Danabück 400, Königsberg i. Pr. 200, Mostock i. Uel. 200, Dresden 200, Mannheim 200, Altona 100, Diehlshagen 100, Verden 100, Tilsit 100, Münteln 80, Mühlhagen 70, Eppelheim 70, Frankfurt thal 25. Summa M 2845. Altona a., den 18. Februar 1899. Karl Meiß, Hauptkassierer, Friedrichsbaferstr. 28.

